

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXV. Jahrgang, Nr. 6

Juni 1952

Inhalt

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Verschärfung der Kreditpolitik — Stagnierende Ausfuhr — Stabile Preise und Industrieproduktion — 38.000 mehr Arbeitslose und 41.000 weniger Beschäftigte als im Vorjahr

Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise und Löhne — Ernährung — Land- und Forstwirtschaft — Energiewirtschaft; Die Stromversorgung im Jahre 1951 — Industrieproduktion — Umsätze — Arbeitslage — Verkehr; Der Fremdenverkehr im Winterhalbjahr 1951/52 — Außenhandel

Die Bedeutung der Ausfuhr für Produktion und Beschäftigung

Statistische Übersichten: Österreichische und internationale Wirtschaftszahlen

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Verschärfung der Kreditpolitik — Stagnierende Ausfuhr — Stabile Preise und Industrieproduktion — 38.000 mehr Arbeitslose und 41.000 weniger Beschäftigte als im Vorjahr

Die österreichische Wirtschaftspolitik hat ihre Stabilisierungsbemühungen im Juni etwas unerwartet mit neuen Maßnahmen auf dem Gebiete der Geld- und Kreditpolitik fortgesetzt. Die quantitative Kreditkontrolle wurde in wichtigen Punkten verschärft, der Rediskontrahen der Notenbank fixiert und die Bankrate, die bereits im Dezember 1951 von 3,5 auf 5% erhöht wurde, neuerlich um 1% hinaufgesetzt. Gleichzeitig sind mit dem Abbau des Untertragungsgesetzes (Gewerberechtsnovelle 1952) und dem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes über die Verfassungswidrigkeit des Vetorechtes der Kammern im Außenhandelsverfahren grundsätzliche Entscheidungen gefallen, die auf längere Sicht die Entwicklung der Wirtschaft beeinflussen.

Der beabsichtigte stärkere Druck von der Geldseite her trifft die österreichische Wirtschaft in einer Konjunkturphase, die inflatorische Auftriebstendenzen kaum noch befürchten läßt. Wohl scheinen die Konsumenten den „Stabilisierungsschock“ über-

wunden zu haben und ihre Nachfrage nach Konsumgütern wieder zu steigern. Auch die Freigabe von 1,5 Mrd. S Counterpart-Mitteln für Investitionen bedeutet für die Wirtschaft einen neuen Auftrieb. Andererseits aber rechtfertigt die Bewegung der Preise und der Produktion, vor allem aber die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, die gegenwärtige Lage als stabil, wenn nicht gar als stagnierend zu bezeichnen. Ende Juni lag die Zahl der Arbeitslosen bereits um 38.000 über und die Zahl der Beschäftigten um 41.000 unter dem Vorjahresstand. Die Industrieproduktion hat ihre Expansionskraft infolge des Rückschlages in den Konsumgüterindustrien verloren, und die Preise blieben im allgemeinen, trotz den jüngsten Kostensteigerungen, weitgehend konstant. Im ganzen gesehen scheinen daher gegenwärtig expansive und restriktive Kräfte einander die Waage zu halten.

Während die Binnenwirtschaft zu einer neuen Gleichgewichtslage hin tendiert, wächst das Ungleich-

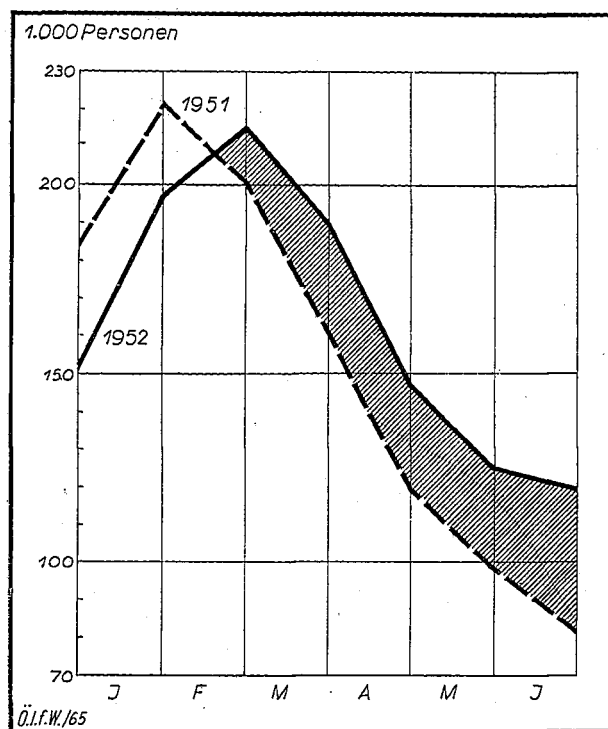
gewicht im Außenhandel. Die Ausführungsergebnisse von April und Mai bestätigen die Befürchtung, daß die internationale Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft teils infolge Abschwächung der Weltkonjunktur, teils aber auch infolge der starken Kostenerhöhung seit Ausbruch des Koreakonfliktes vielfach verlorengegangen ist. Der Rückgang der Ausfuhr ist umso ernster zu beurteilen, als Österreich im Wirtschaftsjahr 1952/53 voraussichtlich nur noch 60 bis 70 Mill. Dollar Auslandshilfe erhalten wird, gegen 120 Mill. Dollar im Wirtschaftsjahr 1951/52, und dieser Ausfall in der Hauptsache durch eine Steigerung der Exporte wettgemacht werden muß.

Im einzelnen verdient vor allem die Verschärfung der Lage auf dem *Arbeitsmarkt* Beachtung. Während die Zahl der *Arbeitslosen* im April und Mai ebenso stark zurückging wie im Vorjahr, sank sie im Juni 1952 nur noch um 5.600 gegen 17.300 im Juni 1951. Damit waren Ende Juni bei den Arbeitsämtern 118.950 Stellensuchende vorgemerkt, d. s. um 38.000 Personen oder fast 50% mehr als im Vorjahr. Da im Juni die Zahl der Arbeitslosen saisongemäß erheblich unter dem Jahresdurchschnitt liegt, muß man — sofern in den nächsten Monaten nicht eine stärkere Belebung erfolgt — für das Jahr 1952 mit einer durchschnittlichen Arbeitslosigkeit von mindestens 140.000 bis 160.000 Personen rechnen. Bei einem Beschäftigtenstand von 2 Mill. ergibt sich damit eine Rate der Arbeitslosigkeit von 7 bis 8%.

Dem zögernden Rückgang der Arbeitslosigkeit entspricht die hinter den Saisonerwartungen zurückbleibende Zunahme der *Beschäftigten*. Ihre Zahl stieg im Juni nur noch um 2.100 (gegen 23.500 im Vorjahre). Ende Juni waren 1.978.000 unselbständige Arbeitskräfte beschäftigt (um 41.000 weniger als im Juni 1951), aber auch davon über 18.000 nur in Kurzarbeit.

Es ist schwierig vorauszusehen, wie sich die Lage auf dem Arbeitsmarkte weiter entwickeln wird. Die wieder lebhafter werdende Nachfrage nach Konsumgütern könnte schon bald eine Entspannung bringen. Auf der anderen Seite erhalten die Produktionsgüterindustrien, die wohl zunächst dank alten Aufträgen vollbeschäftigt sind, schon seit Wochen

Entwicklung der Arbeitslosigkeit
(Normaler Maßstab; 1.000 Personen)



Der Druck auf den Arbeitsmarkt hat sich im Juni weiter verstärkt. Während die Zahl der Arbeitslosen im April und Mai ebenso stark zurückging wie in den gleichen Monaten des Vorjahres, betrug der Rückgang im Juni 1952 nur 5.600 gegen 17.300 im Juni 1951. Ende Juni 1952 waren noch 118.000 Arbeitslose vorgemerkt, um 38.000 mehr als im gleichen Monat des Vorjahres. Sofern in den nächsten Monaten nicht eine stärkere Belebung erfolgt, dürfte die Arbeitslosigkeit heuer auch im Saisontiefpunkt nicht unter 100.000 sinken und im Jahresdurchschnitt etwa 140.000 bis 160.000 erreichen.

nur noch schleppend neue Aufträge. Man weiß auch noch nicht, wie sich die neuen kreditpolitischen Maßnahmen auf Produktion und Beschäftigung auswirken werden. Der vom Ministerrat am 8. Juli gefaßte Beschluß, noch in diesem Jahre 60 bis 70 Mill. S für Notstandsarbeiten, insbesondere für Straßen- und Tiefbauten, bereitzustellen, wird sich nur in einzelnen Gebieten auswirken, den Arbeitsmarkt als Ganzes aber kaum entlasten, da der überwiegende Teil (etwa 40 Mill. S) von den Ländern und Gemeinden aufgebracht wird, die voraussichtlich in gleichem Umfange ihre eigenen Investitionen einschränken werden.

Die Konsumenten scheinen allmählich die in den Vormonaten aufgeschobenen Käufe zumindest teil-

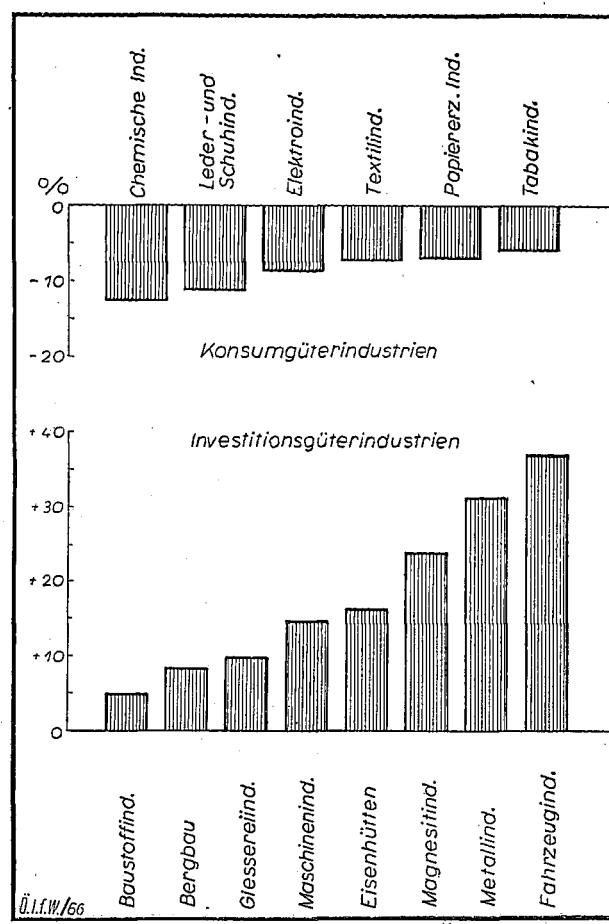
weise wieder nachzuholen. Die Umsätze im Einzelhandel hielten wider Erwarten das hohe Niveau vom April auch im Mai, obwohl sie in diesem Monat gewöhnlich zurückgehen; sie lagen damit wertmäßig um 31% über dem Vorjahresstand.

Die lebhaftere Nachfrage im April und Mai hat den Umsatzausfall im I. Quartal 1952 weitgehend wettgemacht (im Durchschnitt der ersten 5 Monate 1952 erreichten die Mengenumsätze annähernd den Vorjahresstand) und die Liquidität des Handels erhöht. Im Gegensatz zu anderen Ländern (z. B. USA und Westdeutschland), in denen die Belebung der Konsumgüternachfrage den Handel zu umfangreichen Herbstbestellungen anregte, scheint der Einzelhandel in Österreich noch nicht geneigt, in größerem Umfang Waren nachzuschaffen, vermutlich weil er ein weiteres Sinken der Erzeuger- und Großhandelspreise erwartet, wohl aber auch, weil er die augenblickliche Umsatzbelebung noch nicht für genügend dauerhaft hält.

Die Industrieproduktion ist im April um 4% auf 172.9% (1937 = 100) gestiegen. Diese Zunahme war jedoch ausschließlich saisonbedingt, da der saisonbereinigte Produktionsindex seit Februar unverändert geblieben ist. Die Stabilität der Gesamtproduktion ist das Ergebnis zweier entgegengesetzter Entwicklungstendenzen. Während die Investitionsgüterindustrien, von wenigen Ausnahmen abgesehen, ihre Produktion auch in den letzten Monaten noch beachtlich ausweiten konnten und meist erheblich mehr produzieren als zur gleichen Zeit des Vorjahres, ist die Produktion fast aller Konsumgüterindustrien, einschließlich der chemischen, der eisen- und metallverarbeitenden und der Elektroindustrie, soweit sie Konsumgüter produzieren, nicht nur seit Monaten rückläufig, sondern liegt auch bereits unter dem Vorjahresstand. Im April 1952 erzeugte die chemische Industrie um 12.5%, die Leder- und Schuhindustrie um 11.2%, die Elektroindustrie um 8.6%, die Textilindustrie um 7.2% und die Papierindustrie um 6.9% weniger als im April 1951 (siehe Schaubild).

Die bemerkenswert günstige Entwicklung der Investitionsgüterindustrien ist vorwiegend dem Umstand zu verdanken, daß sie bisher auf längere Sicht mit Aufträgen eingedeckt waren. Der Rückgang der

Der gegenwärtige Stand der Industrieproduktion
(Normaler Maßstab; Zunahme [Abnahme] der Industrieproduktion von April 1951 bis April 1952 in Prozent)



Im April 1952 war die Gesamtproduktion der Industrie um 4% höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Dieses verhältnismäßig günstige Produktionsergebnis geht allerdings ausschließlich auf die Investitionsgüterindustrien zurück, die dank hohen Auftragsbeständen auch in den letzten Monaten noch ihre Produktion ausweiten konnten und durchwegs mehr produzieren als im Vorjahr. Die mit Absatzschwierigkeiten kämpfenden Konsumgüterindustrien — einschließlich der chemischen Industrie und der Elektroindustrie, die zu einem erheblichen Teil Konsumgüter erzeugen — haben hingegen seit Jahresbeginn ihre Produktion stärker eingeschränkt. Ihr Produktionsniveau liegt bereits unter dem Vorjahresstand.

laufenden Nachfrage, der auch Investitionsgüter trifft, führt daher zunächst nur zu einem Abbau der Auftragsbestände und zu einer Verkürzung der Lieferfristen, ohne jedoch die Produktion selbst zu beeinträchtigen. Mit dem Rückgang der Auftragsbestände rückt jedoch der Zeitpunkt näher, wo auch die Produktion von Investitionsgütern der laufenden

Nachfrage angepaßt werden muß. Gelingt es bis dahin nicht, die Nachfrage zu beleben, so muß mit einem stärkeren Rückschlag der Gesamtproduktion gerechnet werden.

Die *Preise* blieben im Juni weitgehend stabil. Der Großhandelspreisindex sank von Mitte Mai bis Mitte Juni von 844 auf 842, der Kleinhandelspreisindex erhöhte sich geringfügig von 668 auf 669 (März 1938 = 100). Etwas stärker, nämlich um 3,5% (von 686,7 auf 711,0; April 1938 = 100), ist der vom Institut berechnete Lebenshaltungskostenindex gestiegen, jedoch fast ausschließlich infolge der saisongemäßen Verteuerung der im Index enthaltenen Obst- und Gemüsesorten (ohne Berücksichtigung des Obst- und Gemüseaufwandes erhöhte sich der Index nur um 0,2%). Im allgemeinen ist auch weiterhin mit stabilen Preisen zu rechnen. Wohl führen die Steuer- und Tarifierhöhungen der letzten Monate vereinzelt zu Preissteigerungen. Andererseits aber zwingen Absatzschwierigkeiten nicht nur bei Rohstoffen, sondern auch bei Fertigwaren vielfach zu weiteren Preissenkungen (Anfang Juli wurden z. B. die Kleinhandelspreise für Schuhe und Seife neuerlich gesenkt).

Das *Geldvolumen* ist im Mai um 216 Mill. S auf 17.778 Mill. S gestiegen und dürfte sich — nach bisher vorliegenden Meldungen — auch im Juni weiter erhöht haben. Die Zunahme im Mai beruhte nur teilweise auf einer Ausweitung des kommerziellen Kreditvolumens; mit 147 Mill. S war diese geringer als in den Vormonaten. Zum anderen Teile hat der Staat Kassenstärkungsschatzscheine begeben, die zwar von den Banken übernommen, tatsächlich aber von der Notenbank finanziert wurden, da die Kreditinstitute etwa in gleicher Höhe Besatzungskostenschatzscheine bei der Nationalbank einlösten. Die expansive Wirkung dieser Transaktionen auf den Geldumlauf wurde zum Teil dadurch abgeschwächt, daß per Saldo 85 Mill. S Counterpart-Mittel aus dem Umlauf gezogen wurden.

Der *Außenhandel* war auch im Mai unbefriedigend. Während die Gesamteinfuhr um 100 Mill. S auf 1.251 Mill. S stieg und volumenmäßig mit 114% von 1937 eine beachtliche Höhe erreichte, nahm die Ausfuhr nur um 6 Mill. S auf 845 Mill. S zu (das

Exportvolumen erreichte nur 93% von 1937). Dadurch erhöhte sich der Einfuhrüberschuß von 312 Mill. S im April auf 406 Mill. S im Mai.

Anhaltende Stagnation der Ausfuhr

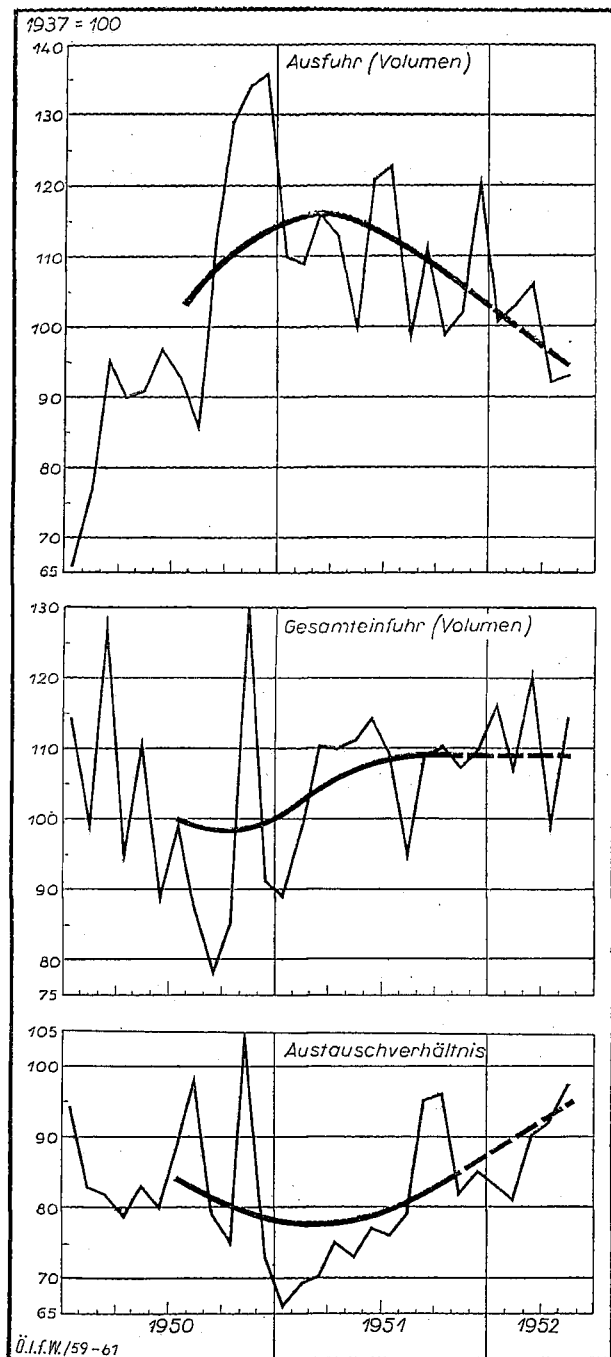
Die Entwicklung der Ausfuhr gibt seit längerer Zeit Anlaß zu Besorgnis. Der starke Auftrieb, den der Export durch die Korea-Hausse erhielt, war bereits Ende 1950 großteils erschöpft. Seit Anfang 1951 zeigt das Volumen der Ausfuhr — von geringfügigen monatlichen Schwankungen abgesehen — eine sinkende Tendenz, die sich in den letzten Monaten krisenhaft verschärfte (siehe Schaubild). Volumenmäßig wurden im April und Mai 1952 nur 92% und 93% von 1937 ausgeführt, fast um ein Drittel weniger als im November und Dezember 1950. Das Exportvolumen ist damit wieder auf das Niveau von April und Mai 1950 (Stand vor Ausbruch des Koreakonfliktes) gesunken, obwohl seither die Industrieproduktion um über 20% gestiegen ist. Auch der Ausfuhrwert lag im Mai mit 845 Mill. S weit unter der wiederholt als Mindesthöhe genannten Zahl von 1 Mrd. S, die im übrigen bisher noch in keinem Monat erreicht wurde.

Ein solcher Rückschlag ist nur möglich, wenn starke ausfuhrhemmende Kräfte am Werke sind. Zunächst besteht offenbar ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen den wachsenden Ausfuhrschwierigkeiten der österreichischen Wirtschaft und dem Nachlassen der Weltkonjunktur. Der österreichische Export leidet besonders darunter, daß sich die Schwäche auf den Weltmärkten vorwiegend auf Textilien, Papier und teilweise auch auf Holz konzentriert, also auf Waren, die einen relativ hohen Anteil an der österreichischen Ausfuhr haben. Eine Studie des Institutes über die Bedeutung des Exportes für die Beschäftigung der österreichischen Wirtschaft¹⁾ ergab, daß in Österreich (im Jahre 1951) 24% aller (direkt oder indirekt) für den Export beschäftigten Arbeiter und Angestellten in der Textilindustrie, in der Holzverarbeitenden und in der Papierindustrie tätig waren, in der Schweiz und in Deutschland hingegen nur 17% und 5%.

¹⁾ Siehe „Die Bedeutung der Ausfuhr für Produktion und Beschäftigung“, S. 178 ff.

Ausfuhrvolumen, Einfuhrvolumen und Austauschverhältnisse im österreichischen Außenhandel

(Normaler Maßstab; 1937 = 100)



— = Monatswerte
 — = gleitender Zwölfmonatsdurchschnitt

Das Ausfuhrvolumen zeigt bereits seit Anfang 1951 eine sinkende Tendenz, die sich in den letzten Monaten krisenhaft verschärfte. Im April und Mai wurden nur 92% und 93% von 1937 ausgeführt, fast um ein Drittel weniger als im November und Dezember 1950. Im Gegensatz zur Ausfuhr ist das Einfuhrvolumen auch im Jahre 1951 noch leicht gestiegen und hat sich erst in den letzten Monaten auf einem Niveau stabilisiert,

das etwa 10% über dem Vorkriegsstand liegt. Dieses hohe Einfuhrvolumen war unter anderem dem Umstand zu danken, daß sich die Austauschverhältnisse (Verhältnis von Export- zu Importpreisen) im österreichischen Außenhandel seit ihrem Tiefpunkt Anfang 1951 wieder zugunsten Österreichs verschoben haben.

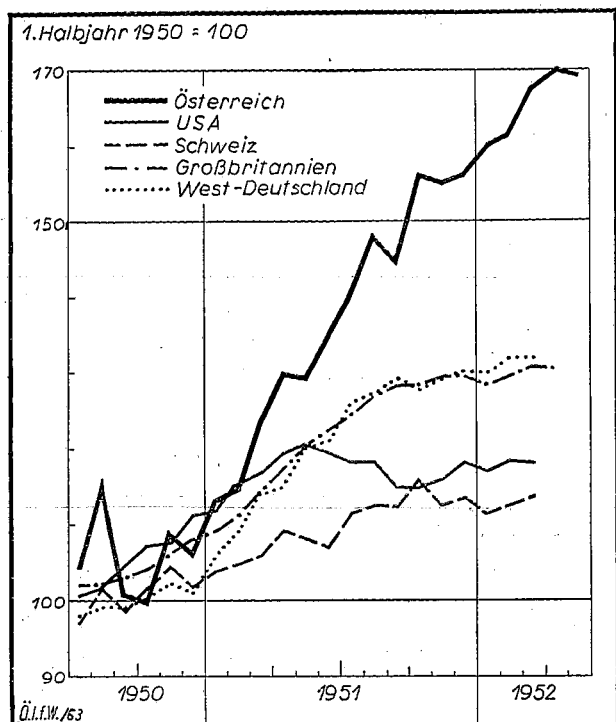
Eine Aufgliederung des Exports nach Waren zeigt denn auch, daß die Schrumpfung des Exportvolumens zu einem erheblichen Teil auf diese Waren zurückgeht. In den ersten fünf Monaten des Jahres 1952 wurde wertmäßig um 825 Mill. S oder 23,3% mehr exportiert als im gleichen Zeitraum 1951 (das Exportvolumen war allerdings um 9% niedriger). Der Exportwert von Papier, Pappe, Textilien und Bekleidungsgegenständen sank jedoch um 158 Mill. S oder 18% und ihr Anteil am Gesamtexport von 24,7% auf 16,5%.

Die Schwäche auf den Weltmärkten trifft den österreichischen Export aber auch deshalb besonders stark, weil das österreichische Preis- und Kostenniveau seit Ende 1950 über das Weltmarktniveau hinaus gestiegen ist. Im I. Quartal 1952 waren die Ausfuhrpreise in Österreich um 63% höher als im I. Halbjahr 1950 (vor Ausbruch des Koreakonfliktes), in der Schweiz, den USA, Deutschland und Großbritannien hingegen nur um 12%, 18%, 31% und 29%. Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn man die Entwicklung der Großhandelspreise für Industriestoffe vergleicht. Gleichzeitig mit den Preisen und etwa ebenso stark haben sich die Kosten der österreichischen Exportwirtschaft erhöht. Auch wenn man berücksichtigt, daß die österreichische Wirtschaft im I. Halbjahr 1950 dank der Wechselkursanpassung vom November 1949 vor allem gegenüber Hartwährungsländern einen Kostenvorsprung besaß, sowie weiters, daß sich die Produktivität in Österreich in den letzten Jahren etwas stärker erhöhte als in den angeführten Ländern, so ist doch, zu dem geltenden Wechselkurs gerechnet, eine fortschreitende Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unverkennbar.

Nicht zuletzt hemmt das umständliche und komplizierte Verfahren der österreichischen Außenhandelslenkung den Export. Der Käufer im Ausland findet sich gegenwärtig, im Zeichen des

Entwicklung der Ausfuhrpreise seit Ausbruch des Korea-Konfliktes

(Normaler Maßstab; 1. Halbjahr 1950 = 100)



Die durchschnittlichen Ausfuhrpreise, die Großhandelspreise und die Produktionskosten sind in Österreich seit Ausbruch des Korea-Konfliktes stärker gestiegen als in den wichtigsten Industrieländern. Im 1. Quartal 1952 waren die Ausfuhrpreise in Österreich bereits um 63% höher als im 1. Halbjahr 1950, in der Schweiz, in den USA, in Westdeutschland und in Großbritannien hingegen nur um 12%, 18%, 31% und 29%. Dadurch ist der Preis- und Kostenvorsprung, den die österreichische Wirtschaft zunächst dank der Wechselkursanpassung vom November 1949 gegenüber anderen Staaten, insbesondere gegen Hartwährungsländer, besaß, wieder weitgehend verlorengegangen und der österreichische Export stößt wegen zu hohen Preisen auf wachsende Schwierigkeiten.

„Käufermarktes“, nicht mehr damit ab, daß die österreichischen Exporteure nur freibleibend (vorbehaltlich der amtlichen Genehmigung) offerieren, die ursprünglich vereinbarten Preise nachträglich korrigieren und die Exportgeschäfte nur schleppend abwickeln.

Der Rückschlag in der Ausfuhr hat sich vor allem aus drei Gründen bisher noch nicht entscheidend auf die Importe ausgewirkt: erstens, weil die Auslandshilfe noch immer relativ hoch war; zweitens, weil

kurzfristiges Kapital aus dem Auslande nach Österreich zurückströmte; und drittens, weil sich in den letzten Monaten die internationalen Austauschrelationen zugunsten Österreichs verschoben haben.

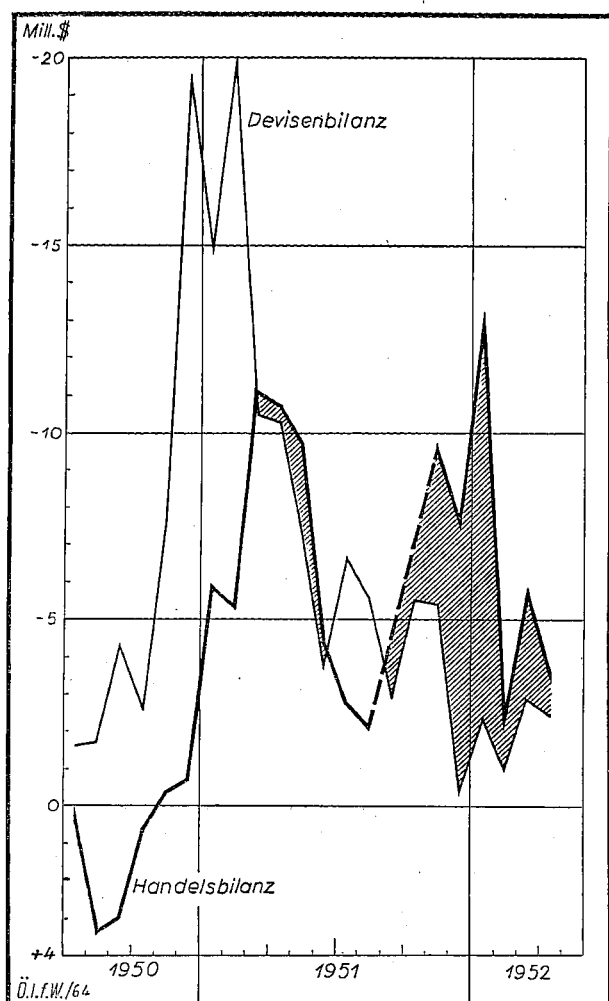
Die ausländischen Hilfslieferungen sind im letzten Jahre weit weniger zurückgegangen, als auf Grund der Dollar-Zuteilungen vermutet werden konnte. Während die Zuteilungen von 190 Mill. Dollar im Wirtschaftsjahr 1950/51 auf 120 Mill. Dollar im Wirtschaftsjahr 1951/52 gekürzt wurden, dürften im Wirtschaftsjahr 1951/52 noch immer Importe von etwa 160 Mill. Dollar (132 Mill. Dollar in drei Quartalen) aus Mitteln der Auslandshilfe finanziert worden sein. Da die Warenlieferungen den Dollarzuteilungen stets stark nachhinken, wirkt sich der Rückgang der Auslandshilfe immer erst nach einiger Zeit auf die Importe aus.

Dazu kam, daß sich die Devisenbilanz in den letzten Monaten bedeutend günstiger entwickelte als die Handelsbilanz (einschließlich Dienstleistungsbilanz). Während die Rohstoffknappheit im Wirtschaftsjahr 1950/51 zu umfangreichen Vorauszahlungen für Importe zwang, und die Exporterlöse nur schleppend eingingen, fließen diese kurzfristigen Auslandsguthaben seit Mitte 1950 wieder zurück. Dieser Rückfluß geht teilweise darauf zurück, daß mit dem Nachlassen der Weltmarktconjunktur die Lieferfristen für Maschinen und Rohstoffe wieder kürzer geworden sind. Überdies bemüht sich auch die österreichische Nationalbank, außenstehende Exporterlöse rascher einzutreiben (eine Reihe von Waren darf bekanntlich nur gegen Erstellung von Akkreditiven exportiert werden) und Vorauszahlungen für Importwaren auf das Notwendigste einzuschränken.

Der Rückfluß von Devisen, die in Vorauszahlungen und außenstehenden Exporterlösen gebunden waren, ist besonders deutlich im Zahlungsverkehr mit Ländern der europäischen Zahlungsunion zu erkennen. Von Mitte 1950 bis Ende Oktober 1951 hatte das Defizit gegenüber der EZU 126,4 Mill. Dollar, der Einfuhrüberschuß (einschließlich des Saldos im Dienstleistungsverkehr) hingegen nur 58 Mill. Dollar betragen. Im November und Dezember 1951 war jedoch der Einfuhrüberschuß um 12 Mill. Dollar

Entwicklung des Defizits in der Handels- und Devisenbilanz gegenüber den Ländern der europäischen Zahlungsunion

(Normaler Maßstab; Millionen Dollar)



Im ersten Jahr der Europäischen Zahlungsunion (von Mitte 1950 bis Mitte 1951) war das Monatsdefizit in der Devisenbilanz (Abrechnungssaldo gegenüber der EZU) fast stets erheblich größer als das Defizit in der Handelsbilanz (einschließlich Devisenbilanz). Diese Diskrepanz zwischen Handels- und Devisenbilanz beruhte vorwiegend darauf, daß für Importe von Rohstoffen und Maschinen umfangreiche Vorauszahlungen geleistet werden mußten (die Zahlungen gingen der Wareneinfuhr einige Monate voraus), während andererseits die Devisenerlöse aus österreichischen Ausfuhr nur schleppend eingingen (die Zahlungen hinkten den Warenlieferungen nach). Seit Mitte 1951 ist jedoch das Defizit in der Devisenbilanz bedeutend geringer als das Defizit in der Handelsbilanz. Infolge der Verkürzung der Liefertermine beim Import und der raschen Erfassung der Devisenerlöse fließen offenbar die in Vorauszahlungen und ausstehenden Exporterlösen gebundenen Devisen wieder zurück und gestatten damit der österreichischen Wirtschaft zunächst eine höhere Einfuhr, als auf Grund der laufenden Ausfuhr und der Auslandshilfe zu erwarten gewesen wäre.

und im I. Quartal 1952 um 18 Mill. Dollar höher als das Defizit gegenüber der EZU (siehe Schaubild).

Schließlich kam der österreichischen Wirtschaft zugute, daß sich die Austauschverhältnisse im Außenhandel seit ihrem Tiefpunkt im I. Quartal 1951 wieder zugunsten Österreichs verschoben haben. Im Durchschnitt der ersten fünf Monate 1952 waren sie mit 89% von 1937 bereits um 25% günstiger als im I. Quartal 1951. Dank der Verbesserung der Austauschverhältnisse konnte mit dem Ausfuhrerlös in den ersten fünf Monaten 1952 um 14% mehr eingeführt werden als mit dem Ausfuhrerlös im gleichen Zeitraum des Vorjahres, obwohl das Ausfuhrvolumen um 9% zurückgegangen ist.

Vornehmlich aus diesen drei Gründen – relativ hohe Auslandshilfe, Rückfluß des kurzfristig im Ausland angelegten Kapitals, Verbesserung der Austauschverhältnisse – konnte die Gesamteinfuhr bisher trotz rückläufigem Ausfuhrvolumen auf einem relativ hohen Stand gehalten werden. Bis Ende 1951 war das Einfuhrvolumen sogar leicht gestiegen, erst in den letzten Monaten hat es sich auf einem Niveau stabilisiert, das um etwa 10% über dem Vorkriegsstand liegt.

Man darf jedoch nicht übersehen, daß dieses hohe Importvolumen nur dank besonderer Konstellation finanziert werden konnte. Da die Kürzung der Dollarzuteilungen schon in naher Zukunft auch einen Rückgang der ERP-Lieferungen zur Folge haben wird und ebenso die Rückflüsse kurzfristiger Auslandsguthaben aufhören werden, muß in absehbarer Zeit die Einfuhr stärker gedrosselt werden, sofern es nicht gelingt, das Exportvolumen kräftig zu steigern.

Für die österreichische Wirtschaftspolitik ergibt sich daher die zwingende Notwendigkeit, den Export nach Kräften zu fördern. Man muß sich freilich bewußt sein, daß die große Disparität zwischen Inlands- und Weltmarktpreisen bloße Einzelmaßnahmen, wie Steuererleichterungen für Exporteure, Vereinfachung des Außenhandelsverfahren und Koppelungsgeschäfte, auf die Dauer nicht ausreichend sein läßt und es aller Voraussicht nach einschneidender Maßnahmen, nicht zuletzt aber einer kräftigen Steigerung der Produktivität, bedarf, um die österreichische Wirtschaft auf

den Weltmärkten wieder wettbewerbsfähig zu machen¹⁾.

Verschärfung der Kreditpolitik

Die neuen kreditpolitischen Maßnahmen der Regierung umfassen folgende wichtige Bestimmungen:

- a) Die Kreditabkommen zwischen Banken und Finanzministerium vom 6. April und 11. Oktober 1951 wurden durch ein neues Abkommen ersetzt. Darin verpflichten sich die Banken, bis Jahresende ihre Liquiditätsreserven ersten Grades auf 15% und ihre Liquiditätsreserven einschließlich zweiten Grades auf 40% zu erhöhen (bisher waren nur Pflichtreserven von 10% und 30% vorgeschrieben). Außerdem dürfen ab 1. Juni 1952 nur noch 50% der neu zuzießenden Fremdmittel (Spareinlagen und Scheckeinlagen) in Form von Krediten wieder ausgeliehen werden. Ausgenommen von diesen Bestimmungen sind nur Aufbaukredite und Exportkredite. (Bisher war eine Kreditausweitung bis zu 70% des Einlagenzuwachses ab 31. August 1951 gestattet. Nicht unter das Abkommen fielen Aufbaukredite, Exportkredite und Erntefinanzierungskredite.)
- b) Die Österreichische Nationalbank hat für die wichtigsten Kreditinstitute einen Rediskontstop verfügt, der die Banken zwingt, den bisherigen Höchststand ihrer Rediskonte bei der Nationalbank nicht zu überschreiten.

¹⁾ Wie stark die Einfuhr bei anhaltender Stagnation der Ausfuhr eingeschränkt werden müßte, läßt sich durch folgende Überlegung verdeutlichen: Unter der Annahme, daß das Exportvolumen auf dem niedrigen Stand von April und Mai verharret, würde der Wert der Ausfuhr (zu konstanten Preisen) im Wirtschaftsjahr 1952/53 nur etwa 450 Mill. Dollar erreichen. Schätzt man die Nettoeinnahmen aus unsichtbaren Transaktionen (Fremdenverkehr, Transitverkehr usw.) auf 30 Mill. Dollar (im Jahre 1951 waren es nur 25 Mill. Dollar), und nimmt man weiters an, daß 80 Mill. Dollar Hilfslieferungen zur Verfügung stehen werden — eine Annahme, die keineswegs zu pessimistisch ist, da Österreich für 1952/53 voraussichtlich nur 60 bis 70 Mill. Dollar ERP-Hilfe erhalten wird —, so könnten im Wirtschaftsjahr 1952/53 nur Waren im Werte von 560 Mill. Dollar eingeführt werden, d. h. wir könnten uns nur 88% des Einfuhrvolumens von 1937 leisten. Oder anders ausgedrückt, wir müßten unser Einfuhrvolumen gegenüber dem Jahre 1951 um 17% und gegenüber dem Durchschnitt der ersten fünf Monate 1952 um 21% senken.

c) Mit Wirkung vom 3. Juli 1952 wurde die Bankrate von 5% auf 6% erhöht. Eine entsprechende Erhöhung der Soll- und Haben-Zinsen der Kreditinstitute wird vorbereitet.

- d) Nachdem bereits im April ein Kreditabkommen zwischen Finanzministerium und landwirtschaftlichen und gewerblichen Kreditgenossenschaften abgeschlossen wurde, wird ein ähnliches Abkommen mit den Sparkassen vorbereitet. Damit wird die quantitative Kreditkontrolle vollständig sein und praktisch das gesamte Kreditvolumen umfassen.

Diese Maßnahmen würden bei strikter Durchführung auf einen weitgehenden Kreditstop hinauslaufen, der angesichts der Notwendigkeit, bestimmte gesamtwirtschaftlich wichtige Transaktionen (wie die Einfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln) zu finanzieren, von den Banken nur eingehalten werden kann, wenn sie die laufenden Kredite ihrer Kunden einschränken.

Für eine Verschärfung der Kreditpolitik lassen sich, im Zusammenhang mit den Stabilisierungsbemühungen der Regierung, sicherlich starke Argumente, vor allem auch die unbefriedigenden Ergebnisse der bisherigen Kreditabkommen, ins Treffen führen. Bekanntlich ist es den kreditpolitischen Maßnahmen vom Frühjahr und Herbst 1951 nur vorübergehend gelungen, die Kreditausweitung stärker zu drosseln. Die Rate der Kreditexpansion (kommerzielle Kredite, einschließlich Vorschüsse auf Aufbaukredite) sank nur im IV. Quartal 1951 stark auf 2,4% — gegen 8,5% im Durchschnitt der ersten drei Quartale 1951 —, stieg jedoch bereits im I. Quartal 1952 wieder auf 4,9% und dürfte im II. Quartal 1952 ebenso hoch gewesen sein.

Die stärkere Zunahme der kommerziellen Kredite seit Jahresbeginn hat wohl zunächst das Geldvolumen nur wenig beeinflußt, weil im 1. Halbjahr nur 400 Mill. S Counterparts freigegeben wurden, während 1,2 Mrd. S auf dem Counterpart-Konto eingingen und der Zuwachs an Spareinlagen im ersten Quartal 1952 mit 454 Mill. S besonders hoch war. Als aber im April und Mai der Spareinlagenzuwachs wieder erheblich zurückging, wirkte sich die Aus-

weitung der kommerziellen Kredite und die gleichzeitige Begebung von Kassenstärkungsschatzscheinen durch den Bund wieder in einer stärkeren Zunahme des Geldvolumens aus. Ende Mai 1952 war das gesamte Geldvolumen um 1.115 Mill. S oder 7% und der Notenumlauf um 1.084 Mill. S oder 15% höher als Ende September 1951. Berücksichtigt man, daß in diesem Zeitraum die Produktion sowie das Preis- und Lohnniveau¹⁾ praktisch unverändert geblieben sind, so ist offenbar die Wirtschaft in diesem Zeitraum liquider geworden.

Andererseits geht aus allen verfügbaren Daten über die wirtschaftliche Entwicklung hervor, daß die höhere Liquidität bisher keineswegs inflatorisch gewirkt hat. Da sich mit der Stabilisierung die Umlauf-

¹⁾ Die Indizes der Großhandelspreise und der Lebenshaltungskosten sind im gleichen Zeitraum nur deshalb etwas gestiegen, weil fiktive offizielle Preise (z. B. für Fleisch) den tatsächlich gezahlten Preisen angepaßt wurden.

geschwindigkeit des Geldes stark verlangsamt, war eine leichte Ausweitung des Geldvolumens nicht nur unbedenklich, sondern sogar notwendig, um einen stärkeren deflatorischen Druck auf Preise, Einkommen und Beschäftigung zu vermeiden. Zweifellos ist nach wie vor, um die Stabilisierung nicht zu gefährden, eine vorsichtige Kreditpolitik am Platze, zumal durch die Freigabe von 1'5 Mrd. S Counterparts ohnehin ein stärkerer Auftrieb des Geldvolumens zu erwarten ist. Es wird aber sehr notwendig sein, die Auswirkungen der neuen kreditpolitischen Maßnahmen auf Produktion und Beschäftigung genau zu verfolgen.

Sollte die Kreditrestriktion tatsächlich nachweisbar gesunde, vor allem der Exportsteigerung dienende Projekte treffen und zu umfangreichen Produktionseinschränkungen und Arbeiterentlassungen führen, werden die rigorosen Bestimmungen des neuen Kreditabkommens wohl teilweise gelockert und modifiziert werden müssen.

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu statistische Übersichten 1.1 bis 1.9

Das *zirkulierende Geldvolumen*¹⁾ ist im Mai um weitere 216 Mill. S auf 17.778 Mill. S gestiegen und hat damit einen neuen Höhepunkt erreicht. Es überschritt den Stand zu Jahresbeginn (Ende Dezember 1951) um 267 Mill. S oder 1'5% und ist um 2.589 Mill. S oder 17'0% größer als vor einem Jahr (Ende Mai 1951). Der *Banknotenumlauf* ist im Mai um 56 Mill. S und damit ebenfalls auf einen neuen Rekordstand (8.348 Mill. S) gestiegen; die freien, nicht auf Kreditinstitute lautenden *Giroverbindlichkeiten* der Nationalbank erhöheten sich um 96 Mill. S, und die *Scheckkonten* bei den Kreditinstituten stiegen um 64 Mill. S.

Eine der Hauptursachen der Ausweitung der Geldzirkulation war die Kreditaufnahme des Staates bei den Banken. Der Bund hat an die Banken Kassenstarkungsschatzscheine begeben und sich die entsprechenden Beträge auf seinen Konten gutschreiben lassen. Wie nicht anders zu erwarten war, haben der Bargeldbedarf des Staates (Barabhebungen) und Rentabilitaterwagungen der Banken dazu geführt, daß ein Großteil der neuen Schatzscheine — die selbst nicht rediskontfahig sind — indirekt zur Notenbank wanderte. Die Kreditinstitute haben nämlich sofort andere — rediskontierbare — Schatzscheine aus ihren Beständen (Besatzungskostenschatzscheine) bei der Nationalbank zum Eskont vorgelegt, wobei sie ihre Rentabilität deshalb verbesserten, weil die neuen Kassenstarkungsschatzscheine höher verzinslich sind als die Besatzungskostenschatzscheine. Zudem hat die ganze Transaktion die Kreditinstitute in ihrer „juristischen“ Liquiditätslage (erstes Kreditkontrollabkommen) gar nicht berührt, weil die neuen Kassenstarkungsschatzscheine trotz der ihnen mangelnden Rediskontfahigkeit in die Liquiditätsreserve eingerechnet werden dürfen. Auch die formelle Kreditgewahrungsmoglichkeit der Institute nach dem zweiten Kreditkontrollabkommen hat sich durch die Schatzscheinoperation nicht eingeengt, sondern eher erweitert. Schatzscheinkredite fallen nicht unter das Abkommen, und die durch diese Kredite automatisch entstehenden Scheckeinlagenzuwachse bieten die Basis für neue Kredite im Rahmen des Kontrollabkommens.

Eine weitere Ursache der Geldvolumenzunahme war die neuerliche — wenn auch wieder etwas gerin-

¹⁾ Banknotenumlauf plus Buchgeld „außerhalb der Geldinstitute“ (freie Nationalbankgiroverbindlichkeiten und Scheckkonten bei den Kreditinstituten — beide ohne Guthaben von Kreditinstituten).

gere — Ausweitung des kommerziellen Kreditvolumens um 147 Mill. S auf 12.058 Mill. S. Trotz allen Kreditkontrollmanahmen sind die Kommerzkredite in den fünf Monaten seit Jahresbeginn nun schon um 882 Mill. S gestiegen.

Während im Vormonat, als die kommerzielle Kreditausweitung größer und die Kredite an den Staat gegen Schatzscheine ebenfalls beachtlich gewesen sind, die Bewegung der Sparkonten noch stark kompensierend wirkte, war das im Mai fast nicht mehr der Fall. Der Spareinlagenzuwachs ist von 131 Mill. S im April auf 45 Mill. S im Mai zurückgegangen und nähert sich damit bereits wieder dem niedrigen Niveau, das bis zum vorigen Jahr üblich war.

Neben einer Abnahme des Gold- und Devisenbestandes der Nationalbank um 23 Mill. S lag denn auch der entscheidende restriktive Faktor im Mai in der Gebarung mit Counterpart-Mitteln. Die Post „zeitlich gesperrte Verbindlichkeiten aus Guthaben öffentlicher Stellen“ (hauptsächlich das Counterpart-Konto) im Nationalbankausweis ist im Zuge der Erloseingange und -ausgänge per Saldo um 130 Mill. S gestiegen, wozu noch 11 Mill. S zuzurechnen sind, die in dem genannten Saldo zwar bereits enthalten sind, aber nicht in die Geldzirkulation strömten, weil sie — für ERP-Industrieinvestitionskredite bestimmt — zunächst von der Bundesnotenschuld²⁾ abgebucht wurden. Andererseits haben die Kreditinstitute solche „Aufbaukredite“ für 45 Mill. S gewährt, so daß durch die Gebarung mit Counterpart-Mitteln insgesamt 85 Mill. S aus dem Umlauf gezogen wurden. Rechnet man die Spareinlagenzunahme und die Abnahme des Nationalbankbestandes an Gold und Devisen hinzu, so ergeben sich restriktive Faktoren in Höhe von 153 Mill. S. Sie waren kleiner als die Kreditgewährung an Wirtschaft und Staat, so daß das Geldvolumen steigen mußte.

Die *Kreditinstitute* verschafften sich — wie bereits teilweise erwähnt — im Mai die Mittel für ihre neuen Kredite an Staat und Wirtschaft durch Rückgriff auf die Notenbank. Die Nationalbank hat Handelswechsel für 109 Mill. S, Aufbauwechsel für 100 Mill. S und Besatzungskostenschatzscheine für 109 Mill. S eskontiert. Mit Ausnahme eines Teiles der Handelswechsel kann die Nationalbank die Annahme dieser Papiere nicht einschränken; sie konnte daher auch nicht vermeiden, daß praktisch der gesamte kurzfristige Staatskredit auch des heurigen Jahres auf dem Wege der Notenbank „monetisiert“ worden ist.

²⁾ Post „Forderung an den Bundesschatz“ im Nationalbankausweis.

Außer dem Notenbankgeld bestanden die zusätzlichen Mittel der Kreditinstitute im Mai aus einem Einlagenzuwachs von 109 Mill. S, der teilweise gekoppelt mit den eigenen Krediten an Staat und Wirtschaft (Scheckkonten), teilweise aus dem Einlagensparen (Sparkonten) entstanden ist. Schließlich haben die Institute per Saldo noch 2 Mill. S von ihren freien Nationalbankgiroguthaben abgezogen. Mit diesen Mitteln bestritten sie ihre zusätzlichen kommerziellen Kredite, Aufbaukredite und Schatzscheinkredite, lösten außerdem 5 Mill. S Liquiditätsstützungsschatzscheine (§ 27 WSchG) zurück und konnten wahrscheinlich ihre Kassenbestände erhöhen.

Der *Kapitalmarkt* stand in der Berichtsperiode unter dem Einfluß der neuen Bankschuldverschreibungen. Die Kurse der bisherigen, niedriger verzinslichen Emissionen gingen weiter zurück (der Kursindex festverzinslicher Werte sank um 2,9% von 80,2 auf 77,9; März 1945 = 100), und auch der Kurs der 5prozentigen Aufbaunanleihe 1949, der bisher unverändert auf 87 S per 100 S Nominale gehalten werden konnte, mußte nachgeben und fiel nunmehr gleich um 7,2% (auf 80,75 S per 100 S Nominale). Die *Aktienkurse* sind im Mai nicht mehr gesunken, der Kursindex von 36 Industrieaktien zog sogar um 3,2% (von 392,3 auf 405,0; März 1938 = 100) an. Dies kann vielleicht spekulative Ursachen haben (Beginn einer Wandlung der Preiserwartungen); teilweise entspricht es dem Kursverfall auf dem Anlagemarkt. Auch der Rückgang des Einlagensparens könnte als Zeichen dafür gewertet werden, daß das Publikum, wenn auch nicht mit steigenden, so doch nicht mehr mit sinkenden Preisen rechnet.

Preise und Löhne

Dazu statistische Übersichten 2.1 bis 2.8

Rohstoffe und industrielle Fertigwaren – insbesondere Konsumfertigwaren – stehen nach wie vor unter Preisdruck. Der Großhandelsindex für Industriestoffe geht seit dem Höhepunkt vom November 1951 ständig, wenn auch allmählich, zurück und ist bereits niedriger als vor einem Jahr. Die Preise für Nahrungs- und Genußmittel sind dagegen fest oder steigen sogar. Nicht nur die behördlichen Höchstpreise – die durch das fünfte Preis-Lohn-Abkommen im Juli 1951 erhöht wurden –, sondern auch die freien Preise (für Genußmittel, Eier, Kartoffeln) liegen meist beträchtlich höher als zur entsprechenden Vorjahreszeit.

Die *Großhandelspreise* sind im Durchschnitt – nach dem Index des Statistischen Zentralamtes – von Mitte Mai bis Mitte Juni, vor allem unter dem

Einfluß von weltmarktbedingten Rohstoffverbilligungen, etwas gesunken (von 844 auf 842; März 1938 = 100)¹⁾. Kautschuk, Blei, Jute, alle im Index enthaltenen Ledersorten und Mais wurden vorwiegend zufolge Rückganges der Weltmarktpreise billiger. Die Preise von Bau- und Nutzholz mußten ebenfalls ermäßigt werden. Weder die für die Exportgeschäfte vereinbarten Mindestpreise, noch die Inlandspreise konnten sich behaupten. Die Zementpreiserhöhung vom Mai 1952 wurde zum Teil wieder rückgängig gemacht.

Der *Lebenshaltungskostenindex* des Institutes (nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema für eine vierköpfige Arbeiterfamilie in Wien) ist von Mitte Mai bis Mitte Juni um 3,5% (von 686,7 auf 711,0; April 1938 = 100) gestiegen. Die Ursache liegt praktisch ausschließlich im saisonmäßigen Steigen der Obst- und Gemüsepreise²⁾.

Veränderung einiger Obst- und Gemüsepreise 1952 gegenüber 1951 und 1950

| Sorte | Preis in S per kg Durchschnittaus niederstem und höchstem Preis | | | | | | Veränderung in % | | | |
|-------------------|---|------|------|-------|-------|-------|------------------|------|----------------|------|
| | 1950 | | 1951 | | 1952 | | 1952 geg. 1951 | | 1952 geg. 1950 | |
| | Mai | Juni | Mai | Juni | Mai | Juni | Mai | Juni | Mai | Juni |
| Kochsalat | 0'85 | 0'40 | 2'00 | 2'65 | 1'40 | 2'50 | -30 | -6 | +65 | +525 |
| Blätterspinat ... | 0'70 | 1'20 | 1'70 | 3'40 | 2'60 | 4'50 | +53 | +32 | +271 | +275 |
| Gurken | 10'00 | 6'50 | — | 7'50 | 16'00 | 9'00 | . | +20 | +60 | +38 |
| Erbsen | 4'70 | 1'50 | — | 2'60 | 5'90 | 4'60 | . | +77 | +26 | +207 |
| Kirschen | — | 4'00 | — | 5'00 | 13'00 | 4'25 | . | -15 | . | +6 |
| Ananaserdbeeren | — | 6'50 | — | 12'00 | — | 10'50 | — | -12 | — | +62 |
| Äpfel | 2'75 | 4'20 | 4'50 | 4'75 | 3'70 | 7'50 | -18 | +58 | +35 | +79 |

Ohne diese beiden Warengruppen hat sich der Index nur um 0,2% erhöht. Eier wurden um 10%, Schweinefleisch um 1,9%, Extrawurst um 4,4%, Hülsenfrüchte um 2% teurer; Kalbfleisch verbilligte sich um 1,8%, Speckfilz um 6,6%.

Die Preise der im Index enthaltenen industriellen Konsumfertigwaren blieben – abgesehen von Papierwaren (die Preise von Schulheften und Zeichenblättern stiegen um 2%) – unverändert. Der Preisdruck ist zwar besonders bei Textilien und Schuhen

¹⁾ Das Statistische Zentralamt hat den ganzen Index rückwirkend korrigiert (Ersatz des Preises einer Zelluloseart durch den einer anderen, die heute das Hauptkontingent der Produktion stellt).

²⁾ Der sogenannte „saisonbedingte Aufwand“ im Index (Eier, Äpfel, Spinat, Kartoffeln) ist im Juni 1952 um 48,1% gestiegen. Im Jahre 1950 betrug seine Erhöhung zur gleichen Zeit 49,2%, im Jahre 1951 allerdings nur 24%. Insbesondere stiegen die Preise für Äpfel (um 102,7%) und Spinat (um 73%). Die Lebenshaltung wurde jedoch dadurch nicht wirklich verteuert, da sich der Verbrauch der Konsumenten in dieser Jahreszeit auf andere Obst- und Gemüsesorten verlagert. Aus indextechnischen Gründen kann aber dieser Umstand im Index nicht berücksichtigt werden.

stark, wirklich fühlbare Preissenkungen sind jedoch selten. Teilweise — z. B. bei Schuhen — wird erst für Spätsommer und Herbst (neue Winterkollektionen) damit gerechnet, daß sich die starken Rohstoffverbilligungen auch in den Fertigwarenpreisen auswirken.

Die freien *Versteigerungspreise* im Wiener Dorotheum blieben — einschließlich des freien Goldpreises — in der Berichtsperiode unverändert. Lediglich für Perserteppiche wurde etwas mehr geboten als im Vormonat. Der Index stieg von 518·8 auf 524·3 (März 1938 = 100).

Im II. Quartal 1952 sind die *Baukosten* in Wien (Wohnungsrohbau, d. h. ohne Handwerkerarbeiten, für eine Wohnungseinheit mit 50 m² Wohnfläche, für welche 300 m³ umbauten Raumes notwendig sind) nach dem Rückgang im Vorquartal wieder etwas gestiegen (um 1·2%, von 827 auf 837, 1937 = 100; bzw. von 878 auf 889, 1945 = 100), liegen aber immer noch geringfügig unter dem bisherigen Höhepunkt (Dezember 1951). Die abermalige Erhöhung der Baukosten ist ausschließlich auf die neuen fiskalischen Belastungen (Eisenbahntarife, Mineralölsteuer, Beförderungssteuer usw.) zurückzuführen, die den Aufwand für Baustoffe um 2·3% steigerten. Die einzelnen Preiserhöhungen schwanken zwischen 1·3 und 6·4%. Teilweise blieben Baustoffpreise aber auch unverändert, der Preis von Düwasteinen ist sogar gefallen. Der Aufwand für Arbeit blieb gleich.

Wie in den Vormonaten dieses Jahres kam es auch in der Zeit von Mitte Mai bis Mitte Juni zu keinen bedeutenden Veränderungen der kollektivvertraglichen Löhne und Gehälter. Der *Arbeiternetto-tariflohnindex* (Industrie und Gewerbe in Wien) blieb daher unverändert auf 722·9 (April 1945 = 100, Index für Verheiratete mit zwei Kindern, einschl. Kinderbeihilfen).

Ernährung

Dazu statistische Übersichten 8.1 bis 8.8

Im Mai und Juni wurden die meisten Nahrungsmittel reichlicher angeboten als vor einem Jahr, so daß einige Preise leicht zurückgingen.

Die bessere Versorgung Wiens mit *Fleisch* hielt auch im Juni an. Während im Vorjahr die (erfaßten) Zufuhren schon ab April ständig zurückgingen, haben sie sich in diesem Jahr von April bis Mai kaum verändert und nahmen im Juni, z. T. infolge größerer Einfuhren, geringfügig zu. Das (erfaßte) Fleischangebot war im Mai um durchschnittlich 5%, im Juni sogar um 28% höher als in den Vergleichsmonaten 1951. Da die Nachfrage offenbar hinter dem Angebot zurückblieb, sanken die Verbraucherpreise für

Schweinefleisch um 1 bis 3 S je kg unter die amtlichen Höchstpreise. Die zunächst nur für Mai vorgesehene Lockerung der Beschränkungen im Fleischverkauf und in der Wursterzeugung wurde deshalb bis Ende Juli verlängert.

Nach langen Verhandlungen wurden Anfang Mai die amtlichen Höchstpreise für Kalbfleisch je nach Sorte um 7 bis 14 S je kg erhöht und damit den schon vorher üblichen Preisen des freien Marktes angeglichen¹⁾. Die relativ starke Erhöhung der Kalbfleischpreise (Rind- und Schweinefleisch hat sich seit Mai 1951 nur um 3 bis 8 S je kg verteuert) schien notwendig, um das Preisverhältnis zwischen Schweine- und Kalbfleisch wieder zu normalisieren und die Nachfrage dem knappen Angebot anzupassen. Auf Grund der früheren Höchstpreise war Schweinefleisch etwa neunmal, Kalbfleisch jedoch nur siebenmal so teuer wie vor dem Krieg. Nunmehr liegt der Preisindex für Schweinefleisch etwas über, der für Kalbfleisch geringfügig unter 1.000 (April 1938 = 100). Nur Rindfleisch ist nach wie vor relativ billig (Preisindex 700).

Die legale Erhöhung der Kalbfleischpreise scheint die Marktbelieferung nur vorübergehend angeregt zu haben²⁾. Während die Zufuhren von Kälbern nach Wien von Jänner bis April stets niedriger waren als im Vorjahr (im Durchschnitt um 11%), lagen sie im Mai um 12% darüber; im Juni waren sie allerdings wieder um 4% geringer.

Die erfaßte Marktproduktion von *Milch* nimmt gegenüber dem Vorjahr ständig zu. Während sie im Jänner noch um 1% geringer war, lag sie im April um 8% und im Mai um 14% über dem Vorjahresstand. Nach Wien wurde im Jänner um 2%, im Mai aber schon um 16% mehr Milch geliefert. Diese Entwicklung ist um so bemerkenswerter, als man infolge der Ausbreitung der Maul- und Klauenseuche einen Rückschlag befürchtete. Schwierigkeiten im Absatz von Landbutter, geringere Verfütterung (infolge besserer Versorgung mit Futtermitteln), verschärfte Kontrolle des Abhof-Verkaufs, höhere Preise und wachsende Milchleistung der Kühe (dank besserer Versorgung mit Kraftfutter) sind die Ursachen.

1) Während die Preise für Rindfleisch noch vor dem letzten Preis-Lohn-Abkommen praktisch freigegeben und die Höchstpreise für Schweinefleisch im November 1951 neu geregelt wurden, galten für Kalbfleisch bis Anfang Mai offiziell immer noch die längst überholten Stopppreise vom November 1950. Tatsächlich wurde das geringe Angebot jedoch seit Sommer 1951 nur zu Überpreisen abgesetzt.

2) Die Marktpreise für Kälber wurden zwar nur um 3·50 (lebende Ware) und 5 S je kg (Weidherware) erhöht; bei den hohen Verbraucherpreisen dürfte es jedoch möglich sein, Aufgelder zu bezahlen.

Marktleistung und Verwendung von Milch¹⁾

| | Marktleistung | | davon | | |
|-----------------------|---------------|--------------------------|------------------|---------|--------|
| | Milch insges. | Trinkmilch ²⁾ | Butter Tonnen | Käse | Topfen |
| 1951 I. | 69.958 | 37.841 | 1.205'0 | 759'9 | 469'6 |
| II. | 64.446 | 35.973 | 1.011'5 | 757'7 | 362'9 |
| III. | 67.636 | 39.304 | 985'7 | 821'8 | 324'9 |
| IV. | 62.119 | 35.938 | 891'5 | 832'9 | 263'1 |
| V. | 74.855 | 40.139 | 1.130'9 | 1.135'2 | 427'3 |
| 1952 I. | 69.374 | 39.149 | 1.443'4 | 713'4 | 548'9 |
| II. | 66.236 | 38.262 | 1.315'9 | 773'6 | 428'6 |
| III. | 71.298 | 41.228 | 1.372'8 | 940'9 | 404'3 |
| IV. | 66.882 | 37.401 | 1.215'0 | 896'4 | 325'8 |
| V. | 85.214 | 43.677 | 1.677'7 | 1.269'2 | 592'2 |
| 1952 in % von 1951 | | | | | |
| I. .. | 99'2 | 103'5 | 119'8 | 93'9 | 116'9 |
| II. .. | 102'8 | 106'6 | 130'1 | 102'1 | 118'1 |
| III. .. | 105'4 | 104'9 | 139'3 | 114'5 | 124'4 |
| IV. .. | 107'7 | 104'1 | 136'3 | 107'6 | 123'8 |
| V. .. | 113'8 | 108'8 | 148'4 | 111'8 | 138'6 |

¹⁾ Nach Angaben des Milchwirtschaftsfonds; vorläufige Zahlen. — ²⁾ Absatz der Molkereien (Konsummilch) und Verkauf ab Hof (Vollmilch).

Mit dem zunehmenden Milchangebot besserte sich vor allem die *Butter*versorgung. Während der Absatz von Trinkmilch bei minderer Qualität (Fettgehalt von 2,5% gegenüber 3% im Vorjahr) im April nur um 4%, im Mai um 9% höher war als in den entsprechenden Monaten 1951¹⁾, lag die Marktproduktion von Butter um 36% (April) und 48% (Mai) darüber. Das gesamte Butterangebot ist noch stärker gestiegen, weil im Mai Vorräte von 300 t verkauft, jedoch nur 120 t neu angelegt wurden. Da außerdem die Nachfrage relativ schwach ist, werden seit Ende April alle Umsätze zum legalen Preis abgewickelt. Eine weitere Folge war die Aufhebung des Verbots der Erzeugung von Schlagobers am 25. Mai.

Obwohl die Marktproduktion von *Käse* schon seit Februar stets etwas höher war als im Vorjahr (von Februar bis Mai um durchschnittlich 9%), konnte insbesondere die Nachfrage nach Hartkäse vielfach nicht befriedigt werden. Da Mitte Mai die im Interesse der Trinkmilchversorgung verfügte Beschränkung der Käseerzeugung aufgehoben und 300.000 Dollar für die Einfuhr von etwa 420 t Käse (aus Holland, Dänemark, Italien, Schweiz) bewilligt wurden²⁾, hat sich die Versorgung mit Hartkäse Ende Juni merklich gebessert.

Die Versorgung Wiens mit *Obst*, *Gemüse* und *Kartoffeln* war in den letzten Monaten, teils dank

¹⁾ Da die Erzeugung von Schlagobers, die von Jänner bis Ende Mai 1952 eingestellt war, im Absatz von Trinkmilch enthalten ist, hat der reine Trinkmilchverbrauch offenbar etwas stärker zugenommen.

²⁾ Das Importprogramm für das erste Halbjahr 1952 hat keine Devisenzuteilungen für Käseimporte vorgesehen, so daß man ausschließlich auf Kopplungsgeschäfte angewiesen war. Da diese Einfuhren teuer und relativ gering waren (von Jänner bis April durchschnittlich 50 t gegenüber 62 t im Monatsdurchschnitt 1951), entschloß man sich, wieder Devisen zuteilen.

größeren Einfuhren, teils infolge höherer Inlandsaufbringung, besser als im Vorjahr. Insbesondere Obst wurde im Mai um 72%, im Juni um 48% mehr nach Wien geliefert als in der gleichen Zeit 1951. Die Obstpreise, die im April noch bedeutend höher waren (im Durchschnitt um etwa 30%), lagen im Mai nur noch vereinzelt über, im Juni jedoch fast durchwegs unter dem Vorjahresstand, obwohl die übrigen Lebensmittelpreise um durchschnittlich 35% gestiegen sind. Die Zufuhren von Gemüse waren im Mai um 33%, im Juni trotz geringeren Einfuhren um 5% höher als im Vorjahr. Die Preise lagen im Mai um 30 bis 40%, im Juni nur um durchschnittlich 20% über dem Vorjahresniveau, um weniger also, als sich die übrigen Nahrungsmittel verteuerten. Mit Preisindizes von etwa 800 bis 1.000 (Juni 1937 = 100) sind die meisten Obst- und Gemüsearten im Vergleich zur Vorkriegszeit allerdings immer noch relativ teuer (der Preisindex für Nahrungsmittel erreichte im Juni 774; April 1938 = 100). Im Juni kamen 3.603 t ausländische Frühkartoffeln (3.181 t aus Italien und 422 t aus Jugoslawien) nach Wien, gegenüber nur 2.038 t im Juni 1951³⁾. Die Preise waren Anfang des Monats um etwa 25%, gegen Monatsende, als auch inländische Ware auf den Markt kam, nur noch um 5 bis 10% höher als im Vorjahr⁴⁾. Demgegenüber waren alte Kartoffeln um etwa 50% teurer.

Land- und Forstwirtschaft

Dazu statistische Übersichten 3.4 bis 3.10

Die ausgiebigen Niederschläge im Mai und Juni waren dem Pflanzenwachstum sehr zuträglich. Die Ernteaussichten haben sich daher fast überall gebessert⁵⁾. Nach der Trockenheit im April konnte sich vor allem die Grasnarbe noch ordentlich erholen und auch die Kleeschläge brachten noch gute Erträge. Die *Heuernte* verzögerte sich allerdings stark und wurde durch Regenfälle qualitativ beeinträchtigt. Der reichliche Anfall von *Grünfutter* und größere Beigaben von Kraftfutter (Ölkuchen) steigerten in den letzten Monaten die Milcherträge trotz der noch immer grassierenden Maul- und Klauenseuche.

Mit der Ernte von *Raps*, *Wintergerste* und *Frühkartoffeln* wurde Ende Juni begonnen. Die Erndterträge sind befriedigend. Die Hektarerträge von

³⁾ Das Einfuhrkontingent von Frühkartoffeln aus Italien wurde für das laufende Vertragsjahr gleich hoch angesetzt wie im vergangenen (7.000 t), es ist jedoch besser ausgenutzt worden.

⁴⁾ Eine stärkere Preissteigerung wurde auch dadurch verhindert, daß man einen Importhöchstpreis von 55 \$ je t festgesetzt hatte.

⁵⁾ In Teilen Kärntens und der Steiermark war es allerdings zu trocken; die Ernteaussichten sind dort weniger gut.

Raps und Getreide wird man erst auf Grund einer größeren Zahl von Druschergebnissen zuverlässig schätzen können; immerhin hat die feuchte Witterung in den letzten Monaten die Körnerfrüchte langsam ausreifen lassen, so daß überdurchschnittliche Erträge erwartet werden können.

Rückläufige Weltmarktpreise für Ölsaaten und größere Rohstoffvorräte bei der inländischen Fett- und Ölindustrie haben heuer die inländischen Preise für Raps gedrückt. Während die Industrie im Jahre 1951 bei freier Preisbildung 600 bis 700 S je 100 kg Raps bezahlte, mußte für 1952 ein Preis von durchschnittlich 484 S frei Station Albern festgesetzt werden. Es ist dies jener Preis, zu dem Raps im I. Quartal 1952 aus Schweden eingeführt wurde (im Jahre 1951 stellte sich der Importpreis frei österreichische Grenze im Durchschnitt auf 545 S). Die Industrie wurde beauftragt, bis zu 6.000 t Raps und Rübsen zu diesem Preis zu übernehmen; damit wurde die heimische Ölfrucht in die allgemeine Preisstützung für ausländische Fettrohstoffe und ihre Fertigprodukte einbezogen.

Der neue Rapspreis ist, obwohl niedriger als im Vorjahr, noch immer verhältnismäßig günstig. Die Preisrelation zwischen Raps und Weizen beträgt so wie während des Krieges, als der Rapsanbau infolge des Fettmangels forciert wurde, 2 : 1 gegenüber 1 : 1 im Jahre 1937. Während im Durchschnitt 1926/35 nur 1.908 ha Raps abgeerntet wurden, stieg die Anbaufläche im Jahre 1943 auf 16.458 ha; sie betrug im Jahre 1946 nur noch 6.773 ha und im Jahre 1951 3.202 ha. Heuer dürften 3.800 ha bis 4.000 ha Raps einen Gesamtertrag von 5.000 bis 6.000 t bringen.

Das Beispiel Raps zeigt, daß die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise die Weltmarktpreise vielfach erreicht oder teilweise bereits überschritten haben (Getreide ausgenommen) und die Konkurrenz des Auslandes sich schon wieder bemerkbar macht. Die Landwirtschaft hat daher verlangt, daß die Importe von Konkurrenzprodukten (Raps, Harzprodukte, Fleisch, Butter, Käse) gedrosselt und die Zölle für Zucker, Eier, Geflügel, Mohn, Honig, Kasein und Harzprodukte voll valorisiert werden. Es ist unter diesen Umständen fraglich, ob Österreich, trotz dem Interesse an einer europäischen Agrarunion, an einem größeren Agrarmarkt mit freiem internationalen Wettbewerb teilnehmen kann, ohne die Existenz vieler Grenzbetriebe aufs Spiel zu setzen. Wahrscheinlich müßten vorerst auch die Produktionsbedingungen soweit als möglich ausgeglichen und vor allem der Außenhandel mit landwirtschaftlichen Produktionsmitteln, insbesondere mit Landmaschinen, voll liberalisiert werden.

An Brotgetreide wurden bis Ende Mai 240.240 t, und zwar 138.468 t Weizen und 101.772 t Roggen, auf den Markt gebracht, um 11% mehr als bis Ende Mai 1951. Dieses Ergebnis bleibt zwar hinter der erhofften Marktleistung erheblich zurück, dennoch war die Verfütterung von Brotgetreide im Wirtschaftsjahr 1951/52 nicht mehr so umfangreich wie im Jahre vorher, insbesondere da der Ernteertrag den Vorjahresertrag kaum übertroffen hat (von der amtlichen Statistik wurde er sogar um 12% niedriger angegeben). Die höhere Verkaufsquote wurde in erster Linie dank einer günstigeren Futterlage erzielt, da mehr Futtermittel erzeugt und eingeführt wurden.

Dadurch hat sich auch der Markt für Futtermittel fühlbar entspannt. So ging z. B. der Großhandelspreis für Inlandsmais von S 280,- je 100 kg im April auf S 237,50 im Juni zurück. Die vielversprechende neue Getreideernte dürfte zusammen mit höheren Futtermittelimporten und höheren Brotgetreidepreisen die Preisrelation zwischen Brot- und Futtergetreide noch weiter normalisieren und eine ins Gewicht fallende Verfütterung von Brotgetreide verhindern. Man will daher davon absehen, verbilligte Futtermittel wieder im Tausch gegen Brotgetreide abzugeben, vielmehr soll der Auslandsmais in größeren Mengen für die Schweinemast und die Viehzucht direkt zur Verfügung gestellt werden¹⁾. Die neue Art der Futtermittelverteilung ist ohne Zweifel den tatsächlichen Bedürfnissen besser angepaßt und lenkt die Futtermittel hauptsächlich in die viehstarken Klein-, Mittel- und Bergbauernbetriebe.

Nach den Angaben des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft wurden im I. Quartal 1952 1,59 Mill. fm *Derbholz* geschlägert gegen 1,91 Mill. fm im I. Quartal 1951. Ein Rückgang des Einschlages um 17% würde sich gewiß auch auf die Marktlage fühlbar auswirken, wenn man in den nächsten Quartalen die Schlägerungen ebenfalls reduzierte. Doch scheint es verfrüht, eine Prognose zu stellen, da die geringere Holznutzung teilweise auch auf hohe Schneelagen im Februar und März zurückzuführen sein kann und möglicherweise durch Mehrschlägerungen im Laufe des Jahres wieder aufgeholt wird.

¹⁾ Bisher wurden für jedes auf den Markt gelieferte Schwein 200 kg Auslandsmais verbilligt zugeteilt, für jedes für den Eigenbedarf geschlachtete Schwein 50 kg. In Zukunft wird die Quote für hausgeschlachtete Tiere auf 150 kg erhöht. Der Gesamtbedarf für diese Zwecke beträgt 360.000 bis 390.000 t. Da annähernd 500.000 t Mais und Milocorn eingeführt werden sollen, stehen gegebenenfalls noch Reserven für andere Zwecke zur Verfügung (Härteausgleich für die Bundesländer, für Hagelschäden, Herdbuchzüchter, Rindermäster usw.).

Der kommerzielle Einschlag war mit 1 Mill. *fm* um 19% niedriger als im Vorjahr. Nutzholz fiel um 19%, Brennholz um 20% weniger an. Nadel-Stammholz schlägerte man um 21%, Schleifholz um 24% weniger, Grubenholz dagegen um 23% mehr. Diese Unterschiede zeigen, daß der Waldbesitz versucht, die Schlägerungen den Nachfrageverhältnissen anzupassen. Vor allem scheint stärker durchforstet worden zu sein, um mehr Grubenholz zu gewinnen, das im Ausland in der letzten Zeit stark gefragt war (für Schleifholz und Sägerundholz ist die Ausfuhr gesperrt). Auch für den Eigenbedarf der Waldbesitzer wurde um 11% weniger Derbholz eingeschlagen.

Auf dem Holzmarkt hat sich die Konjunkturlage in den letzten Monaten völlig gewandelt. Aus einem Verkäufermarkt ist ein typischer Käufermarkt geworden. Die Nachfrage ist nach wie vor gering. Die Preise für Schnittholz waren bisher weniger stark rückläufig als die für Sägerundholz, die von 360 bis 400 S je *fm* um die Jahreswende auf 280 bis 300 S im Juni fielen (Fichte, Tanne, media 3a, ab Bahnablage). Für Schleifholz wurden zuletzt nur 210 bis 220 S je *fm* geboten gegen 270 S vor einigen Monaten. Holzkontrollscheine (subventionsartige Abgabe der Exporteure zugunsten inländischer Holzverbraucher) notierten am 3. Juli 1952 nur noch mit 55 S je *fm* gegen 130 S Anfang März und 150 S im Frühjahr 1951¹⁾.

Da sich die Ausfuhrerlöse verringerten, mußten auch die vom Bundesholzwirtschaftsrat verabredeten Export-Mindestpreise herabgesetzt werden. Man hofft im übrigen, daß das österreichische Holz nach dem Abbau der teilweise überhöhten Rohholzpreise auf den Auslandsmärkten besser wettbewerbsfähig sein wird, die Ausfuhr gesteigert und der Exportrückstand gegenüber dem Vorjahr²⁾ wenigstens teilweise aufgeholt werden kann. Diese Erwartung gründet sich vor allem auf die Weltholzbilanz, die keine Überschüsse ausweist und für die nächste Zeit eher auf stabile Holzpreise schließen läßt.

¹⁾ Der Bundesholzwirtschaftsrat hat Anfang Juli beschlossen, keine neuen Kontrollscheine mehr auszugeben. Allerdings wird das Kontrollscheinsystem voraussichtlich erst nach der Jahreswende 1952/53 endgültig liquidiert sein, bis die im Umlauf befindlichen Scheine aufgebraucht sind. Ab 7. Juli haben die Exporteure nur die halbe Anzahl von Kontrollscheinen abzuführen (z. B. beim Export von 4 *m*³ Nadelschnittholz [bisher 2 *m*³] Kontrollscheine für 1 *m*³).

²⁾ In den ersten fünf Monaten 1952 wurden 0,92 Mill. *m*³ Nadelschnittholz (mit behauenen Bauholz, Kisten und Obststeigen) exportiert gegen 1,05 Mill. *m*³ im gleichen Zeitraum 1951, ferner 9.229 *m*³ Laubschnittholz gegen 15.959 *m*³, 11.962 *m*³ Hartfaserplatten gegen 184.398 *m*², 1,14 Mill. *m*² Holzfaserbau- und Isolierplatten gegen 1,38 Mill. *m*² und 75.136 *fm* Grubenholz gegen 30.419 *fm*.

Energiewirtschaft

Dazu statistische Übersichten 4.1 bis 4.5

Die Energieversorgung war auch im Mai überaus reichlich. Während in den späten Herbst- und ersten Wintermonaten dank hohen Kohleneinfuhren die Industrie ihre Kohlenvorräte auffüllte, paßt sie seit Beginn der Konjunkturabschwächung nicht nur ihre Nachfrage dem laufenden Bedarf an, sondern baut zum Teil sogar Lager ab. Außerdem geht im Frühsommer der Absatz von Kohle saisonmäßig — vor allem im Hausbrandsektor — zurück. Auch die Dampfkraftwerke haben in den letzten beiden Monaten wegen der überdurchschnittlich günstigen Wasserführung der Flüsse weniger Kohle verbraucht, als vorgesehen war, und deshalb ihre Bestellungen gedrosselt; Ende Mai haben ihre Vorräte mit 264.000 t (SKB) den bisher höchsten Stand erreicht.

Der Nachfragerückgang hat nicht nur zu einer beträchtlichen Einschränkung der Kohleneinfuhr geführt — im Durchschnitt der Monate April und Mai wurden um 35% weniger Kohle (SKB) eingeführt als im Durchschnitt des ersten Quartals —, sondern auch die Auftragsbestände der inländischen Bergwerke stark zurückgehen lassen. Besonders jene Gruben, die Kohlen mit geringem Heizwert fördern oder hauptsächlich Dampfkraftwerke beliefern, haben in den letzten Wochen größere Vorräte gesammelt, ohne daß der Bestelleingang bisher wieder in Fluß gekommen wäre. Zwar war auch im Mai die inländische Kohlenförderung noch um 14% größer als vor einem Jahr, doch muß zumindest vorübergehend mit einer Einschränkung der Förderung gerechnet werden, wenn sich die Nachfrage nicht bald belebt. Vorläufig arbeiten die Gruben — soweit sie Absatzschwierigkeiten haben — noch auf Vorrat oder forcieren die Urlaube.

Aus dem plötzlichen Rückgang der Inlandsnachfrage kann aber nicht geschlossen werden, daß sich der Kohlenbedarf auch auf die Dauer stark verringern wird. Die Produktion der energieintensiven Industrien ist noch kaum zurückgegangen und wird heuer zumindest den Vorjahresstand erreichen. Die Nachfrage dürfte daher — außer saisonbedingt — in erster Linie infolge der Lagerverminderung zurückgegangen sein.

Die Versorgung mit elektrischer Energie ist sowohl wegen der hohen Wasserführung der Flüsse als auch wegen der weiteren Verlangsamung der Verbrauchszunahme günstig.

Der gesamte Stromverbrauch ist zwar im Mai gegenüber dem Vormonat noch um 4% gestiegen und war auch um 11% größer als im Mai 1951. Berück-

sichtigt man aber, daß die Verbrauchszunahme überwiegend auf die stärkere Belieferung der Aluminiumhütte Ranshofen zurückzuführen ist und der Monat Mai in diesem Jahr um zwei Arbeitstage mehr zählte als im Vorjahr (25 statt 23), so ergibt sich, daß der Stromverbrauch der großen Masse der Industrie gegenüber 1951 eher gesunken ist.

Die Wasserkraftwerke erzeugten im Mai 544 Mill. kWh oder 95%, die Dampfkraftwerke nur 31 Mill. kWh. 3 Mill. kWh wurden aus Unterdrauburg importiert, der Stromexport — hauptsächlich aus Tirol und Vorarlberg — stieg gegenüber dem Vorjahr um 37% auf 133 Mill. kWh.

Die inländische Kohlenförderung war im Mai mit 222.952 t (SKB) nur um 14% größer als im Vorjahr, obwohl 2 Arbeitstage mehr waren. Der Rückgang der Förderung um 4% gegenüber dem Vormonat betraf vor allem die Braunkohlenförderung, während die Produktion von Steinkohle weniger zurückging.

Kohlenförderung in Österreich

| Zeit | Steinkohle | Glanzkohle | Braunkohle | Insgesamt (SKB) |
|--------------|------------|------------|------------|--------------------|
| | | | | |
| Ø 1937..... | 19.185 | 82.119 | 188.028 | 154.259 |
| Ø 1950..... | 15.245 | 82.178 | 276.800 | 194.374 |
| Ø 1951..... | 16.306 | 89.117 | 326.607 | 224.168 |
| 1952 I. | 16.896 | 94.022 | 373.578 | 250.696 |
| II. | 16.856 | 91.337 | 343.000 | 234.025 |
| III. | 16.537 | 97.102 | 366.839 | 248.508 |
| IV. | 16.468 | 89.239 | 342.480 | 232.328 |
| V. | 16.361 | 83.869 | 329.313 | 222.952 |

Die inländische Kohlenförderung erhöhte sich gegenüber dem Jahre 1937 (um 45%) fast ausschließlich durch die Mehrförderung der weniger wertvollen Braunkohlen (Lignite). Während bei diesen die Förderung im Durchschnitt der ersten fünf Monate dieses Jahres um 87% größer war als im Jahre 1937, wurden in der gleichen Zeit nur um 11% mehr Glanzkohle und sogar um 14% weniger Steinkohle gefördert.

Die Zusammensetzung der heimischen Förderung hat sich dadurch gegenüber der Vorkriegszeit verschlechtert; nunmehr ist ein viel größerer Teil des inländischen Kohlenaufkommens nur beschränkt verwendbar.

Die Kohleneinfuhr blieb wegen der schon erwähnten ungünstigen Absatzlage im Inland auch im Mai hinter der durchschnittlichen Einfuhrmenge des ersten Quartals zurück. Insgesamt wurden im Mai 354.814 t Kohle und Koks (SKB) aus dem Ausland eingeführt, um 35% weniger als im Durchschnitt des ersten Quartals. Die Einfuhr aus den USA, die im April bereits auf 10.000 t gedrosselt worden war, hat im Mai 20.168 t betragen.

Zusammen mit den vom inländischen Kohlenbergbau gelieferten 199.031 t Kohle (SKB) standen daher im Mai für den Inlandkonsum 553.845 t, das sind 134% von 1937, zur Verfügung.

In den Monaten April und Mai war die gesamte inländische Nachfrage nach Kohle um 5% geringer als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres.

Die Stromversorgung im Jahre 1951

Die soeben veröffentlichte Jahresstatistik 1951 des Bundeslastverteilers enthält viele Angaben über Stromerzeugung und -verbrauch, die in der laufenden Monatsstatistik nicht enthalten sind. Vor allem bringt sie erstmals die Aufgliederung des Stromverbrauchs nach Abnehmergruppen sowie die Erzeugung und den Verbrauch der industriellen Eigenanlagen.

Stromerzeugung

Die gesamte Stromerzeugung (einschl. Industrie-Eigenanlagen und Bahnkraftwerke) betrug im Jahre 1951 7.375 kWh, um 16,1% mehr als ein Jahr vorher. Die Erzeugung in den Eigenanlagen der Industrie hat stärker zugenommen (+ 19%) als die der öffentlichen Kraftwerke (+ 15,6%) und der Bahnkraftwerke (+ 12,9%). Dennoch entfielen so wie im Jahre 1950 77% der gesamten Stromerzeugung auf öffentliche Energieversorgungsunternehmungen (einschließlich der von Eigenanlagen an das öffentliche Netz gelieferten Strommengen), während die industriellen Eigenanlagen 18% und die Bahnkraftwerke 5% beisteuerten.

Da sich die Fertigstellung einiger Werke verzögerte, nahmen Leistung und Arbeitsvermögen der Wasserkraftwerke im Verbundnetz etwas weniger zu, als im Bauprogramm vorgesehen war. Insgesamt wurde ein Zuwachs von 100.200 kW Leistung und 343,3 Mill. kWh Arbeitsvermögen (im Regeljahr)¹⁾ erreicht. Außerhalb des Verbundnetzgebietes wurde die Überleitung der Dürrach zum Achensee (Tirol) vollendet, wodurch das Arbeitsvermögen des Achenseekraftwerkes um 55 Mill. kWh erhöht wurde. Die erste Bauetappe der Wasserüberleitungen aus Tirol zu den Vorarlberger Illwerken steigerte deren Arbeitsvermögen um 182 Mill. kWh. Das Kraftwerk Mühlau bei Innsbruck wurde mit 5.800 kW Leistung ebenfalls noch im Jahre 1951 fertiggestellt.

Bei den kalorischen Kraftwerken wurde lediglich der erste von drei in Bau befindlichen Turbogenera-

¹⁾ Aus: Tätigkeitsbericht des Bundeslastverteilers über das Betriebsjahr 1951, ÖZE, 5. Jg., Heft 5, 1952, S. 198. Bei der Berechnung des Zuwachses an Leistung und Arbeitsvermögen wurden die im Vorjahr in Betrieb genommenen Maschineneinheiten nur entsprechend dem Arbeitsbeginn berücksichtigt.

toren im Kraftwerk Simmering mit 28/35 MW, und der zweite 3.200 kW Turbosatz im Fernheizwerk Klagenfurt in Betrieb genommen.

Zuwachs an Leistung und Arbeitsvermögen der Wasserkraftwerke im Verbundnetzgebiet im Jahre 1951¹⁾

| Kraftwerk | Leistung 1.000 kW | Regeljahresarbeitsvermögen Mill. kWh | | |
|---------------------------------|----------------------|---|--------|-------|
| | | Winter | Sommer | Jahr |
| Saalach-Rott, 3. Gen. | 1'5 | 0'3 | 4'0 | 4'3 |
| Stainig, 3. Gen. | 11'0 | 1'7 | 12'6 | 14'3 |
| Großbraming, 2. Gen. | 27'0 | 4'4 | 17'8 | 22'2 |
| Mühlradung, 3. Gen. | 5'7 | 2'0 | 1'2 | 3'2 |
| Kaprun, 3. Gen. | 55'0 | 85'0 | — 20'0 | 65'0 |
| Anteil 1950 ²⁾ | — | 77'0 | 157'3 | 234'3 |
| Zuwachs 1951 | 100'2 | 170'4 | 172'9 | 343'3 |

¹⁾ Tätigkeitsbericht des Bundeslastverteilers a. a. O. S. 198. — ²⁾ Unter Berücksichtigung des Fertigstellungstermins der im Jahre 1950 gebauten Anlagen auf das Jahr 1951 entfallender Erzeugungszuwachs.

Stromverbrauch

Der gesamte Stromverbrauch war im Jahre 1951 mit 6.571 Mill. kWh um 16% höher als im Jahre 1950. Während der Verbrauch aus dem öffentlichen Netz (einschließlich aller Verluste) nur um 15'5% und jener der Bahnkraftwerke um 12'9% zunahm, stieg der Verbrauch in den Eigenanlagen um 19'2%.

An dem erhöhten Verbrauch waren nicht alle Abnehmergruppen in gleichem Maße beteiligt. In öffentlichen Anlagen und von den Besatzungsmächten wurde sogar weniger verbraucht als i. J. 1950. Am größten war die Verbrauchszunahme im Gewerbe. Sie beruht aber hauptsächlich auf einer statistischen Umstellung¹⁾. Faßt man Industrie und Gewerbe zusammen, so beträgt die Zunahme dieser größten Verbrauchergruppe 22% bzw. 18'5% (ohne Aluminiumhütte Ranshofen). Demgegenüber blieb die Verbrauchssteigerung im Haushalt (11%) und Verkehr (8%) unter dem Durchschnitt (16%).

Die überragende Stellung der Industrie als Stromkonsument geht auch daraus hervor, daß sie im Jahre 1951 56% des Stroms verbrauchte (einschließlich des Gewerbes sogar 63%, gegenüber 60% im Jahre 1950). Von dem gesamten Mehrverbrauch von 911 Mill. kWh entfielen 746 Mill. kWh, das sind 82%, auf Industrie und Gewerbe (einschließlich Ranshofen). Die Aluminiumhütte Ranshofen allein ver-

¹⁾ Während bei der Erhebung 1950 als Kriterium für die Zugehörigkeit zur Industrie ein Mindestverbrauch von 1.000 kWh je Monat angenommen wurde, war im Jahre 1951 ausschließlich die tarifliche Einstufung der Verbraucher (Sondertarif oder Gewebetarif) maßgebend. Daraus erklärt sich das starke Steigen des gewerblichen Stromverbrauches von 1950 auf 1951 um 71%, weil viele Gewerbebetriebe mit einem Stromverbrauch von mehr als 1.000 kWh im Jahre 1950 noch bei der Industrie mitgezählt wurden. Ein Vergleich darf daher sinnvoll nur mit der Summe beider Gruppen angestellt werden.

Stromverbrauch nach Abnehmergruppen (Öffentliche Versorgung, industrielle Eigenanlagen und Bahnkraftwerke)

| | 1950 | 1951 | 1951 |
|--------------------------------|-----------|-------|---------------|
| | Mill. kWh | | in % von 1950 |
| Haushalt | 516 | 575 | 111'4 |
| Landwirtschaft | 94 | 110 | 117'0 |
| Gewerbe | 266 | 456 | 171'4 |
| Industrie | 3.120 | 3.676 | 117'8 |
| Industrie ohne Ranshofen | 2.802 | 3.178 | 113'4 |
| Ranshofen | 318 | 498 | 156'6 |
| Öffentliche Anlagen | 159 | 146 | 91'8 |
| Verkehr | 498 | 540 | 108'4 |
| Besatzung | 71 | 65 | 91'5 |
| Eigenverbrauch | 96 | 119 | 124'0 |
| KW-Baustellen | 37 | 43 | 116'2 |
| Pumpspeicher | 20 | 22 | 110'0 |
| Verluste | 784 | 819 | 104'5 |
| Inlandsverbrauch | 5.660 | 6.571 | 116'1 |
| Export | 720 | 849 | 117'9 |
| Insgesamt | 6.380 | 7.420 | 116'3 |

brauchte um 180 Mill. kWh (20% der Verbrauchszunahme) mehr als im Jahre 1950.

Im Jahre 1952 allerdings hat sich die Verbrauchszunahme — wie die Zahlen für das I. Quartal zeigen — verlangsamt. Verglichen mit dem I. Quartal 1951 stieg der Gesamtverbrauch nur mehr um 11'4% (von 1950 auf 1951 betrug die Steigerung im gleichen Zeitabschnitt noch 16%). Der Verbrauch der Industrie einschließlich Ranshofen stieg um 16'6% (einschließlich Gewerbe um 22'0%), ohne Ranshofen aber nur um 13'7%. Die „Tarifabnehmer“ (Haushalt, Gewerbe und Landwirtschaft) verbrauchten sogar nur um 2% mehr. Die Verluste stiegen um 9'1%. Soweit bisher abzusehen ist, hat die Verbrauchszunahme auch im II. Quartal 1952 weiter nachgelassen.

Die erwähnte Jahresstatistik läßt erstmals den Stromverbrauch (und dessen Verteilung auf Eigenstrom und Fremdbezug) einzelner Industriezweige feststellen. Vom gesamten Stromverbrauch der Industrie von 3.641 Mill. kWh²⁾ stammen 2.386 Mill. kWh (65'5%) aus dem öffentlichen Netz und 1.255 Mill. kWh (34'5%) aus Eigenanlagen der Industrie. Die Metallhütten — der bei weitem stromintensivste Zweig der österreichischen Industrie — bezogen 80% ihres Stromverbrauches von 700 Mill. kWh aus dem öffentlichen Netz (nur die chemische Industrie hatte einen etwas höheren Fremdstrombezug), die Papierindustrie mit den relativ größten Eigenanlagen mußte hingegen nur 32% ihres Bedarfes aus dem öffentlichen Netz decken.

Die drei stromintensivsten Zweige (eisenschaffende, Metallhütten- und chemische Industrie) ver-

²⁾ Diese Statistik umfaßt nur Betriebe mit einem monatlichen Stromverbrauch von mindestens 5.000 kWh aus dem öffentlichen Netz.

Strombezug wichtiger Industriezweige aus dem öffentlichen Netz und aus Eigenanlagen

| | Insgesamt | davon aus öffentl. Netz | |
|---|-----------|-------------------------|------|
| | Mill. kWh | Mill. kWh | % |
| Kohlenbergbau und Salinen | 103'6 | 58'9 | 56'9 |
| Sonstiger Bergbau | 70'5 | 31'9 | 45'2 |
| Eisenerzeugende Industrie | 665'9 | 379'0 | 56'9 |
| Metallindustrie | 700'2 | 560'6 | 80'1 |
| Gießereindustrie | 39'8 | 29'8 | 74'9 |
| Eisenverarbeitende und Elektroindustrie | 297'6 | 238'4 | 80'1 |
| Zementindustrie | 172'4 | 84'9 | 49'2 |
| Chemische Industrie | 517'5 | 419'0 | 81'0 |
| Papierindustrie | 360'0 | 115'5 | 32'1 |
| Textilindustrie | 225'5 | 97'7 | 43'3 |
| Industrie insgesamt | 3.641'0 | 2.386'0 | 65'5 |

brauchten zusammen 1.884 Mill. kWh (51% des gesamten Industrieverbrauchs), wovon sie 1.359 Mill. kWh (72%) aus dem öffentlichen Netz bezogen, das sind 57% des Industriestromverbrauches aus dem öffentlichen Netz.

Brennstoffverbrauch der Kraftwerke

Der Verbrauch ausländischer Brennstoffe für die Stromerzeugung konnte trotz der Steigerung der kalorischen Erzeugung um 26%¹⁾ gesenkt werden. Sie wurden durch inländische Braunkohle, Heizöl und Gas (Erdgas, Koks- und Gichtgas) ersetzt.

Diese erfreuliche Entwicklung geht sowohl aus einer Aufgliederung der kalorischen Stromerzeugung als auch aus den Brennstoffverbrauchsziffern hervor.

Kalorische Stromerzeugung der öffentlichen Kraftwerke

| Erzeugung aus | 1950 | 1951 | 1951 in % |
|-----------------------------|-----------|-----------|-----------|
| | Mill. kWh | Mill. kWh | von 1950 |
| Kohle insgesamt | 677'3 | 682'1 | 100'7 |
| Steinkohle | 290'4 | 196'7 | 67'7 |
| Braunkohle | 386'9 | 485'4 | 125'5 |
| Heiz- und Dieselöl | 41'9 | 184'5 | 440'3 |
| Erdgas, Gicht- und Koks gas | 125'4 | 199'5 | 159'1 |
| Wärmeleistung insgesamt | 844'7 | 1.066'0 | 126'2 |

Während die Erzeugung von Strom aus Braunkohle (überwiegend inländische) von 1950 bis 1951 um 25'5% zunahm, ging die Erzeugung aus Steinkohle (überwiegend ausländische) um 33% zurück. Im Jahre 1950 stammten noch 49% der zur Stromerzeugung verwendeten Kohle aus dem Ausland, im Jahre 1951 nur mehr 31%. Außerdem ist zu beachten, daß die um 0'7% höhere Stromerzeugung aus Kohle mit 4% weniger Kohle (auf SKB gerechnet) erreicht wurde.

Besonders stark ist die Stromerzeugung aus Heiz- und Dieselöl gestiegen. Im Jahre 1951 wurde mehr als viermal soviel Strom durch Erdöl gewonnen als im Jahre 1950. Der Anteil dieser Erzeugungsart an der gesamten kalorischen Stromerzeugung stieg damit

¹⁾ Nur Dampfstromerzeugung der öffentlichen Kraftwerke einschließlich Industrieerzeugung.

Brennstoffverbrauch der Dampfkraftwerke

(Nur öffentliche Versorgung)

| Art | 1950 | 1951 | 1951 in % von 1950 |
|-----------------------------------|----------------------|------------|-----------------------|
| | Tonnen ¹⁾ | | |
| Steinkohle insgesamt | 246.438 | 132.897 | 53'9 |
| davon Inland | 12.549 | 2.135 | 17'0 |
| Ausland | 233.889 | 130.762 | 55'9 |
| Braunkohle insgesamt | 607.040 | 789.695 | 130'1 |
| davon Inland | 532.847 | 723.039 | 135'7 |
| Ausland | 74.193 | 66.656 | 89'8 |
| Kohle insgesamt (SKB) | 549.959 | 527.744 | 96'0 |
| davon Inland | 278.973 | 363.654 | 130'4 |
| % | 50'7 | 68'9 | |
| Ausland | 270.985 | 164.090 | 60'6 |
| % | 49'3 | 31'1 | |
| Heizöl | 21.639 | 87.522 | 404'5 |
| Erdgas Nm ³ | 61.219.702 | 96.480.351 | 157'6 |
| Koks gas | 3.270.000 | 5.649.528 | 172'8 |
| Überschußgas (Koks- und Gichtgas) | | 56.489.000 | |

¹⁾ Soweit nicht anders angegeben.

von 5% im Jahre 1950 auf 17% im Jahre 1951. Die Erzeugung aus Erdgas, Koks- und Gichtgas hat um 59% zugenommen. Im Jahre 1951 wurde bereits mehr Strom aus Gas erzeugt als aus Steinkohle.

Ausländische Brennstoffe wurden nur für 20% der kalorischen Stromerzeugung in den öffentlichen Energieversorgungs-Unternehmungen verwendet. Im Jahre 1950 hingegen betrug dieser Anteil noch 40%. Gemessen an der gesamten Stromerzeugung der öffentlichen Kraftwerke ist der Anteil der mit ausländischer Kohle erzeugten Energie noch viel geringer (3'7%); da im Jahre 1951 81'2% des Stromes aus Wasserkraft und nur 18'8% aus Wärmeleistung erzeugt wurden.

Industrieproduktion

Dazu statistische Übersichten 5.1 bis 5.22

Die Industrieproduktion ist im April und — soweit aus einzelnen Daten zu ersehen ist — auch im Mai stabil geblieben. Der saisonbereinigte Produktionsindex verharrt seit Februar fast unverändert auf 171% von 1937. Die seit Kriegsende anhaltende Steigerung der Industrieproduktion hat zunächst aufgehört. Das Produktionsniveau liegt zwar gegenwärtig im Durchschnitt Jänner bis April noch um 7'9% über dem vom Vorjahre, doch nur deshalb, weil die Erzeugung von Produktionsmitteln noch um 15% gestiegen ist, während die Konsumgütererzeugung schon um 0'3% gefallen ist. Vor allem ist die Produktion der chemischen sowie der Leder- und Schuhindustrie zurückgeblieben. Aber auch in der Papier- und Textilindustrie ist die Erzeugung in den letzten Monaten unter den Vorjahresstand gesunken.

Die Erzeugung von Produktionsmitteln ist in allen Zweigen, mit Ausnahme der Elektroindustrie, zum Teil beträchtlich höher als im Vorjahre.

Der auf einen 30-Tage-Monat abgestellte Gesamtindex der Produktion ist im April, der Saisonbewegung entsprechend, um 4% auf 172,9% von 1937 gestiegen. Während die Erzeugung dauerhafter Güter um 4,6% zunahm, stieg die Konsumgütererzeugung nur um 2,7%.

Der Beschäftigungsindex der Industrie geht — erstmals seit 1945 — entgegen dem Saisonverlauf — seit Februar ständig zurück. Im April sank er wieder um 0,4%. Dementsprechend ist der Produktivitätsindex um 4,4% gestiegen.

Die Bergbauproduktion war im Mai um 1,2% höher als im April. Der Rückgang der Kohlenförderung wurde durch die Erzeugungssteigerung in fast allen übrigen Bergbauzweigen mehr als ausgeglichen.

Auch in der Magnesitindustrie ist die Erzeugung im Mai um 12,7% gestiegen und lag damit um 20,3% über dem gleichen Monat des Vorjahres.

Der Index der eisenschaffenden Industrie ist im Mai um 4,2% zurückgegangen, war aber mit 193,9% von 1937 noch immer um 27,3% höher als im Mai 1951.

Der Roheisenexport ist in den letzten Monaten dauernd zurückgegangen, während die Ausfuhr von Kommerzeisen, insbesondere von Blechen der VÖEST, zunimmt. Auch die Edelstahlindustrie konnte ihre Exporte steigern. Bei Werkzeugstählen hingegen wird die englische und schwedische Konkurrenz, die über billigere Legierungsmetalle verfügt, immer spürbarer.

Im Durchschnitt der ersten fünf Monate des Jahres war die Erzeugung von Roheisen um 18,0%, von Rohstahl um 5,2% und von Walzwaren um 12,8% höher als im Durchschnitt des vergangenen Jahres.

Der Index der Metallhütten stieg im April wegen der Erhöhung der Aluminiumerzeugung um 59,5%. Dank der günstigen Stromversorgung konnte Ranshofen heuer wesentlich besser mit elektrischer Energie beliefert werden. In den ersten vier Monaten wurden 7.357 t Rohaluminium erzeugt, um 50% mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Erzeugung von Weichblei ist dagegen im April um mehr als die Hälfte zurückgegangen; die Kupfererzeugung blieb konstant.

Die Buntmetall-Halbzeugwerke leiden noch immer unter einer schweren Absatzkrise. In den letzten Monaten sind die Auftragsbestände durch Abbestellungen rasch zusammengeschrumpft. Die Unternehmen haben bisher zwar nur wenige Arbeiter entlassen, können aber ihre Kapazität bei weitem nicht voll ausnutzen und werden um einen weiteren

Abbau nicht herumkommen. Auch die in zwei Etappen durchgeführte Preissenkung um 9 bis 19% gegenüber dem Herbst des Vorjahres hat den Absatz nicht belebt. Die österreichischen Inlandspreise für Buntmetallhalbzeug liegen allerdings weit über den Weltmarktpreisen.

In der Gießereiindustrie ist die Produktion im April nach dem Höchststand im März geringfügig um 2,7% zurückgegangen. Davon sind alle Zweige gleich betroffen. Die Auftragseingänge haben allerdings seit Anfang des Jahres etwas nachgelassen, so daß die Lieferfristen verkürzt werden konnten. Das Angebot von Rohstoffen steigt noch immer, während die Nachfrage zurückgeht.

Die Absatzkrise der Eisenwaren- und Metallwarenindustrie, die schon im Spätherbst begonnen hatte, hat sich nun beträchtlich verschärft. In einigen Branchen, wie z. B. in der Armaturenerzeugung, mußte Kurzarbeit eingerichtet werden. Gleichzeitig mit dem Umsatzrückgang hat sich die Versorgung mit Roh- und Halbfabrikaten gebessert. Insbesondere Buntmetalle stehen ausreichend zur Verfügung.

Die Produktion der Fahrzeugindustrie hat im April mit 271,5% von 1937 einen neuen Höchststand erreicht. Besonders hat das Assembling von Personenkraftwagen und die Erzeugung von Traktoren bei den Steyr-Werken zugenommen.

Die Nachfrage nach Kraftfahrzeugen, besonders nach Personautos und Motorrädern, ist unverändert hoch. Da die Importe zusammen mit dem Assembling den Bedarf an Personenwagen bei weitem nicht decken können, liegen die „grauen“ Preise beträchtlich über den der amtlichen Preisregelung nicht unterworfenen Preisen für fabriksneue Ware. Bei den Motorrädern ist die Situation ähnlich, weil ein Großteil der gegenüber 1937 auf das Vierfache erhöhten Erzeugung exportiert wird.

Auch die Erzeugung der Maschinenindustrie ist im April noch um 2% gestiegen und erreichte einen neuen Höchststand. Ungünstig haben sich dagegen die Exporte entwickelt, die seit Dezember von 73 Mill. S auf 47 Mill. S im März, mengenmäßig von 3.300 t auf 2.100 t gesunken sind.

Auch in diesem Industriezweig haben die Auftragseingänge merklich nachgelassen, ohne bisher allerdings eine Erzeugungseinschränkung notwendig zu machen.

In der Elektroindustrie ist die Lage noch uneinheitlich. Der Produktionsindex ist im April weiter um 8,1% gesunken. Vorläufig sind allerdings hauptsächlich nur die konsumorientierten Zweige der Schwachstromindustrie von dem Nachfragerückgang betroffen, während die Investitionsgüter erzeugenden

Zweige zwar weniger Aufträge erhalten, aber die Produktion nur wenig einschränken mußten. Die meisten Firmen, die elektrische Haushaltgeräte erzeugen, und einige Glühlampenfirmen sind zu Kurzarbeit übergegangen. Der Absatz in der Kabel- und Drahtindustrie geht zurück, da viele Verbraucher wegen der sinkenden Kupferpreise vorübergehend mit Käufen zurückhalten. Da der Kupferanteil bei diesen Waren unverhältnismäßig groß ist, fällt der Kupferpreis stark ins Gewicht.

Der Produktionsindex der *chemischen* Industrie ist zwar im April um 4,2% gestiegen, war aber noch immer niedriger als im gleichen Vorjahresmonat. Während von März auf April die Erzeugung in fast allen Sparten gestiegen ist, war besonders die Erzeugung von Soda, Zündhölzchen, Seife und Waschmitteln sowie von Kautschukwaren viel niedriger als vor einem Jahr. Die gegenwärtige Stagnation in großen Bereichen der chemischen Industrie dürfte zumindest zum Teil auf die übermäßige Ausweitung der Erzeugung im Vorjahre zurückzuführen sein, die zum Teil zur Lagerbildung führte und jetzt den Rückgang der Bestellungen bei der Industrie verstärkt.

Die *Baustoffindustrie* hat trotz verspätetem Saisonbeginn ihre Erzeugung im April um 32% gesteigert. Mit 229% von 1937 lag ihr Index sogar um 4,9% höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Während bei Ziegeln, Zement, Kalk und Faserzementdachplatten die Absatzlage günstig ist, kann die Dachpappenindustrie ihre Kapazität bei weitem nicht ausnutzen und erzeugte in den ersten vier Monaten dieses Jahres um 42,5% weniger als vor einem Jahr.

Auch die *Natursteinindustrie*, die in erster Linie auf öffentliche Aufträge angewiesen ist, mußte aus Absatzmangel kurzarbeiten.

In der *holzverarbeitenden* Industrie sind vor allem die Möbelindustrie, und zwar besonders jene Betriebe, die Serienmöbel erzeugen, in Schwierigkeiten geraten, weil der Handel noch über große Lager verfügt und wegen des Absatzrückganges die Nachschaffung fast eingestellt hat. Betriebseinschränkungen waren deshalb unvermeidlich.

Auch die entsprechenden Vorindustrien (*Sperrholz-, Paneelplatten- und Furnierindustrie*) sind von der Stagnation in der Möbelindustrie betroffen. Vorläufig konnten hier zwar Einschränkungen vermieden werden, doch haben sich bereits große Lager angesammelt, so daß die Erzeugung bald gedrosselt werden muß, wenn sich der Absatz nicht belebt.

Der seit März anhaltende Produktionsrückgang der *Papierindustrie* hat im Mai fast aufgehört. Die

Erzeugung war in diesem Monat allerdings geringer als vor einem Jahr. Bisher hat der Rückgang der Auftragseingänge und des Exportes die Vollproduktion nicht beeinträchtigt. Es wurden lediglich die in der Zeit der Hochkonjunktur eingeführten Sonn- und Feiertagsschichten aufgelassen oder eingeschränkt.

Die Festsetzung von Höchstimportpreisen in einigen wichtigen Abnehmerländern hat den Export besonders im März und April weiter verschlechtert. Während z. B. im Dezember 1951 noch fast 11.000 t Papier exportiert wurden, waren es im März nur mehr 8.400 t. Noch stärker war in der gleichen Zeit der Rückgang des Zelluloseexports von 7.000 t auf 4.600 t und der von Pappe von 1.400 t auf 800 t. Im Mai ist die Lage eher noch ungünstiger geworden.

Die Exportschwierigkeiten der *Papierindustrie* haben die Versorgung der inländischen *papierverarbeitenden* Industrie gebessert. Es sind praktisch alle Papiersorten und Pappen mit kurzen Lieferfristen in beliebiger Menge zu haben. Allerdings leidet auch die verarbeitende Industrie bereits unter starkem Absatzmangel, der durch ihre Konkurrenzunfähigkeit auf dem Weltmarkt — Exportgeschäfte können nur im Koppelungsverkehr durchgeführt werden — noch verschärft wird. Vor allem die *Kartonagenindustrie* mußte bereits auf Kurzarbeit übergehen.

Die *Leder- und Schuhindustrie* hat im April um 10% mehr erzeugt als im März, aber den Stand vom Vorjahr nicht erreicht. In den ersten vier Monaten laufenden Jahres, wurden um 9,7% weniger Lederschuhe erzeugt als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Auch die Ledererzeugung war geringer.

Die *Lederwaren- und Kofferindustrie* sowie die *Ledertreibriemenindustrie* sind nur schwach beschäftigt.

In der *Textilindustrie* hielt der Produktionsrückgang im April und Mai noch an. In den ersten vier Monaten dieses Jahres war die Erzeugung zwar noch um 3,9% höher als im Vorjahr, aber um 6,4% niedriger als im Durchschnitt des letzten Quartals 1951. Von der Nachfrageeinschränkung sind in erster Linie die *Wollspinnereien* und *Wollwebereien* betroffen, während der Rückschlag in der *Baumwollindustrie* weniger stark war. Auch die *Bastfaserindustrie* hat die Erzeugung stark eingeschränkt.

Der Index der *Nahrungs- und Genußmittelindustrie* ist im April, vor allem wegen der starken Steigerung der Biererzeugung um 16% auf 125,6% von 1937 gestiegen. In den übrigen Positionen hat sich nichts Wesentliches verändert.

Umsätze

Dazu statistische Übersichten 6.1 bis 6.3

Der günstigere Geschäftsgang im Einzelhandel hielt auch im Mai an. Die gesamten Umsätze waren gleich hoch wie im Vormonat, obwohl sie um diese Zeit in der Regel leicht zurückgehen. Die Mengenumsätze von Mai 1951 wurden um etwa 9% überschritten. Die lebhaftere Nachfrage in den Monaten April und Mai konnte daher den Umsatzausfall in den ersten drei Monaten des Jahres weitgehend ausgleichen.

Indizes der Einzelhandelsumsätze

| Monat | Wertmäßig | | | Preisbereinigt ¹⁾ | | |
|---------------|-----------|------|--------------------|------------------------------|------|--------------------------|
| | 1950 | 1951 | 1952 Ø 1948=100 | 1950 | 1951 | 1952 in % von 1951 |
| Jänner | 113 | 159 | 168 | 94 | 116 | 100 |
| Februar | 113 | 147 | 174 | 94 | 107 | 103 |
| März | 137 | 172 | 195 | 115 | 123 | 115 |
| April | 138 | 161 | 215 | 116 | 116 | 128 |
| Mai | 132 | 164 | 215 | 112 | 117 | 128 |
| Ø Jänner-Mai | 127 | 161 | 193 | 106 | 116 | 115 |

¹⁾ Schätzung. Berechnet durch gruppenweise Ausschaltung der Preisveränderungen nach dem Lebenshaltungskostenindex des Institutes (mit gewissen Adaptierungen).

Die Umsatztätigkeit wurde z. T. dadurch angeregt, daß aufgeschobene Käufe nachgeholt wurden. Außerdem dürfte, ähnlich wie in anderen Ländern (Westdeutschland, USA), die Zurückhaltung der Konsumenten etwas nachgelassen haben. Da sich jedoch in Österreich, im Gegensatz zu anderen Ländern, die Letztverbraucherpreise noch nicht den stark reduzierten Weltmarktpreisen angepaßt haben und Konsumenten und Händler diese Preiskorrektur noch erwarten, ist eine nachhaltigere Belebung der Konsumgüternachfrage zunächst noch unwahrscheinlich. Während in Westdeutschland und den USA die Herbstbestellungen des Handels ziemlich lebhaft sind, disponiert der österreichische Einzelhandel, obwohl er etwas liquider geworden ist, weiterhin äußerst vorsichtig, so daß die Stagnation in den vorgelagerten Stufen unverändert anhält.

Die Umsatzentwicklung war in den einzelnen Betriebsformen und Branchen sehr verschieden. In den Warenhäusern, die von der Nachfragebelebung im April besonders profitiert hatten, gingen die Umsätze um 4% zurück, während sie im Fachhandel geringfügig stiegen und in den Konsumgenossenschaften unverändert blieben.

Stärker gingen die Umsätze nur in jenen Branchen zurück, die vor allem vom schlechten Wetter beeinflusst wurden und deren Geschäftsgang sich im Vormonat übersaisonnäßig belebt hatte. Der Verkauf von *Schuhen* nahm um 11% ab, obwohl er im Mai um etwa 6% zu steigen pflegt. Dennoch wurden die Mengenumsätze von Mai 1951 um etwa 5% überschritten. Der Absatz von *Textilien*

sank um 9% (saisonnäßig - 4%) und war mengenmäßig immer noch um etwa 4% geringer als vor einem Jahr. Obwohl sich die Lage des Textilhandels durch das Nachlassen der Umsatzrückgänge¹⁾ und die anhaltend vorsichtige Lagerpolitik offenbar gebessert hat, wird vielfach schon während der Saison versucht, verschiedene Warenposten zu stark reduzierten Preisen abzustoßen²⁾, um die Liquidität für die Herbstbestellungen zu erhöhen. Die Bemühungen des Textilhandels, die Lagerhaltung einzuschränken, werden jedoch vielfach durch die wachsenden Ansprüche des Publikums und die Einführung neuer Erzeugnisse (insbesondere verschiedener Nylonartikel) erschwert.

Von den unter „Sonstiges“ zusammengefaßten Waren, deren Absatz im April ziemlich lebhaft war, wurden nur *Spielwaren* (-58%) und *Papierwaren* (-18%) weniger gekauft als im Vormonat. Die Umsätze von *Lederwaren* nahmen um 3% zu, die von *Parfumerie- und Drogeriewaren* blieben unverändert. Die Mengenumsätze des Vorjahres wurden durchwegs bedeutend (im Durchschnitt um etwa 35%) überschritten.

In allen übrigen erfaßten Branchen nahm der Absatz zu. Besonders stark stiegen die Verkäufe von *Eisenwaren, Hausrat, Glas und Porzellan* (+26%), obwohl man saisongemäß einen Absatzrückgang erwartet hätte. Offenbar wurden infolge der besseren Versorgung des Marktes (insbesondere mit Eisenwaren) aufgeschobene Käufe nachgeholt. Auch die Bautätigkeit dürfte die Nachfrage teilweise angeregt haben. Die Umsätze von *Möbeln, Teppichen, Gardinen* nahmen gegenüber April nur geringfügig zu, waren jedoch mengenmäßig um etwa 10% höher als vor einem Jahr.

Der Absatz von *Lebensmitteln* erhöhte sich um 4%, der von *Tabakwaren* um 3%. Das Umsatzvolumen des Vorjahres wurde um etwa 8% (Lebensmittel) und 10% (Tabakwaren) übertroffen.

Die Eingänge an *Umsatzsteuer* erhöhten sich im Mai (ebenso wie der Index der Einzelhandelsumsätze im April) um 10% auf 382,7 Mill. S (einschließlich Bundeszuschlag). Dieser Zuwachs dürfte allerdings zum Teil bereits auf die im Nachtragsbudget vorgesehene Überprüfung der Umsatzsteuerleistungen zurückzuführen sein.

¹⁾ Die Mengenumsätze von Textilien waren im Jänner um 40% geringer als vor einem Jahr. Diese Differenz ließ sprunghaft bis auf etwa 4% im Mai nach.

²⁾ Besonders häufig sind solche Maßnahmen bei Industrie und Großhandel, deren Absatzlage noch viel schlechter ist.

Vergleicht man die Entwicklung der Umsatzsteuereingänge von Februar bis Mai 1952 mit den Indizes der Einzelhandelsumsätze von Jänner bis April (die Eingänge an Umsatzsteuer hinken dem tatsächlichen Umsatz im allgemeinen um einen Monat nach), so bleiben die Umsatzsteuereinnahmen um durchschnittlich 5% hinter den Einzelhandelsumsätzen zurück. Die Differenz wird noch größer, wenn man — nach Ausschaltung der Erhöhung der Umsatzsteuersätze — die entsprechenden Monate des Jahres 1951 und 1952 miteinander vergleicht (durchschnittlich — 17%). Da so große Steuerrückstände unwahrscheinlich sind, dürften die Mindereingänge darauf beruhen, daß der Geschäftsgang in den vorgelagerten Stufen (insbesondere im Konsumgüterbereich) schwächer war als im Einzelhandel.

Eingänge an Umsatzsteuer und Indizes der Einzelhandelsumsätze

| Eingänge an Umsatzsteuer ¹⁾ | | | Indizes der Einzelhandelsumsätze | | |
|--|-------|--|----------------------------------|-------|----------------------------------|
| Monat | 1952 | 1952 in % Feb. = 100 von 1951 ²⁾ | Monat | 1952 | 1952 in % Jän. = 100 von 1951 |
| Februar | 100'0 | 107'2 | Jänner | 100'0 | 105'4 |
| März | 89'9 | 102'7 | Februar | 103'7 | 118'4 |
| April | 95'4 | 103'6 | März | 115'9 | 113'1 |
| Mai | 105'0 | 111'1 | April | 127'9 | 133'1 |
| Ø Februar—Mai | 97'6 | 106'2 | Ø Jänner—April | 111'9 | 117'5 |

¹⁾ Ausschließlich Bundeszuschlag. — ²⁾ Nach Ausschaltung der Erhöhung der Umsatzsteuersätze (im Durchschnitt schätzungsweise 50%).

Die Einnahmen aus *Verbrauchssteuern* stiegen im Mai um 18% auf 164 Mill. S und waren um 35% höher als im Mai 1951. Besonders stark erhöhten sich die Eingänge an Biersteuer (+ 98%), während an Tabaksteuer nur um 6%, an Mineralölsteuer (einschließlich Bundeszuschlag) um 24% und an Zuckersteuer um 27% mehr eingingen als im Vormonat. Die Erträge der übrigen Verbrauchssteuern nahmen fast durchwegs ab.

Arbeitslage

Dazu statistische Übersichten 7.1 bis 7.16

Während sich die Zahl der *Beschäftigten* im April und Mai merklich gebessert hatte — der saisonbereinigte Beschäftigungsindex stieg von seinem Tiefpunkt im Februar (99'9) bis Ende Mai um 1'5% auf 101'4 (1948 = 100) —, blieb die Zunahme von 2.100 im Juni weit hinter den Saisonerwartungen zurück; im Vorjahr war sie zur gleichen Zeit um 23.500 gestiegen. Ende Juni lag die Beschäftigung mit 1.978.000 Arbeitskräften um 41.100 unter dem entsprechenden Vorjahresstand.

Die Arbeitslage hat sich aber außerdem noch durch die anhaltende Kurzarbeit verschlechtert. Im Mai mußten 44 Betriebe mit 6.524 Beschäftigten — vorwiegend Textilbetriebe — zu Kurzarbeit über-

gehen, darunter auch die Zellwollfabrik Lenzing. Ende Mai standen mehr als 18.000 Beschäftigte in Kurzarbeit. Auf dem Textilmarkt ist zwar eine Entspannung der Lage, kaum aber eine bedeutende Ausweitung der Produktion zu erwarten. Andererseits wird die allgemeine Absatznot auch weiterhin die Zahl der Arbeitskräfte auf das unbedingt notwendige Ausmaß drücken. Die Beschäftigtenzahlen dürften heuer die Zweimillionengrenze kaum überschreiten (der Höchststand des Vorjahres betrug 2.051.000 im Oktober) und die Arbeitslosenzahl wird möglicherweise nicht unter 100.000 sinken (vorjähriger Tiefstand 68.300 im September).

Die Beschäftigungsschwierigkeiten in vielen Branchen werden auch aus den detaillierten Maidaten ersichtlich, obwohl die Gesamtentwicklung im Mai relativ günstig war. Die Beschäftigungszunahme betrug 31.700 gegenüber 26.600 im Mai 1951. Die Zahl der industriell-gewerblichen Arbeiterinnen, die seit Oktober ständig gesunken war, ging besonders infolge der Schwäche in der Textil- und Leichtindustrie neuerlich um 800 auf 347.200 zurück. Aus dem gleichen Grund war das Textilland Vorarlberg als einziges Bundesland an der Beschäftigungsausweitung im Mai nicht beteiligt (die Beschäftigung sank dort um 300 auf 62.900).

Da sich die Konjunkturschwäche nicht auf Österreich beschränkt, ist es den österreichischen Arbeitnehmern fast unmöglich, den verringerten Arbeitsmöglichkeiten im Inland durch Arbeit im Ausland auszuweichen. Diese Form der Entlastung des Arbeitsmarktes hatte zwar für Österreich seit dem ersten Weltkrieg nie große Bedeutung, aber selbst die wenigen Möglichkeiten auf diesem Gebiet verringern sich gegenwärtig. Es besteht z. B. derzeit ein verstärktes Interesse österreichischer Frauen, als Textilarbeiterinnen nach England zu gehen, doch stockt diese Aktion wegen der Textilkrise in England. Auch das Interesse für Posten im Haushalt in der Schweiz, in England und Holland ist gewachsen. Die Möglichkeiten für Vorarlberger Arbeitsuchende, in der Schweiz unterzukommen, gehen ebenfalls zurück. Die beginnende Arbeitslosigkeit in der Schweiz hat dazu geführt, daß Arbeitsbewilligungen für Ausländer weniger freizügig gewährt werden. Das trifft sowohl die Österreicher, die in die Schweiz übersiedelt sind, als auch die Grenzgänger. Die Zahl der Grenzgänger, die im Dezember des Vorjahres ihren Höhepunkt erreicht hatte, ist seither ständig im Rückgang. Wohl war sie im April mit 2.662 noch um 669 größer als vor einem Jahr, doch ist die Tendenz im Gegensatz zum Vorjahr fallend. Zwischen Dezember 1950 und April 1951

nahm die Zahl der Grenzgänger um 284 zu, zwischen Dezember 1951 und April 1952 um 444 ab¹⁾).

Grenzgänger in Vorarlberg

| | | | |
|----------------------------|-------|------------------------------|-------|
| Ø 1946 | 652 | 1951 ¹⁾ VII. | 2.589 |
| Ø 1947 | 942 | VIII. | 2.773 |
| Ø 1948 | 1.487 | IX. | 3.000 |
| Ø 1949 | 1.645 | X. | 3.013 |
| Ø 1950 | 1.416 | XI. | 3.105 |
| Ø 1951 | 2.469 | XII. | 3.106 |
| 1951 ¹⁾ I. | 1.777 | 1952 ¹⁾ I. | 3.085 |
| II. | 1.849 | II. | 2.731 |
| III. | 1.876 | III. | 2.690 |
| IV. | 1.993 | IV. | 2.662 |
| V. | 2.164 | | |
| VI. | 2.384 | | |

¹⁾ Stand am Monatsbeginn.

Eine andere Ausweichmöglichkeit, die zumindest für einen kleinen Teil der Frauen als Ersatz für mangelnde Industriebeschäftigung in Frage kommt, sind die Haushaltberufe. Doch auch in dieser Sparte, wo vor einigen Jahren noch eine akute unbefriedigte Nachfrage nach Arbeitskräften bestand, ist der zahlungskräftige Bedarf zusammengeschrumpft. Während einerseits die Schaffung eines Mindestlohnsatzes für die im Haushalt tätigen Arbeitskräfte im März dieses Jahres diese vernachlässigten Berufe zum ersten Male sozial auf eine vergleichbare Stufe mit anderen Berufen gerückt hat und damit als eine mögliche Alternative erscheinen ließ, hält andererseits der Rückgang der Beschäftigung im Haushalt an. Die Zahl der in Wien beschäftigten Hausgehilfinnen betrug im Mai 1950 16.700, im Mai 1951 15.600 und im Mai 1952 14.200. Im Jahre 1937 waren in Wien 43.100 Hausgehilfinnen beschäftigt.

Angesichts dieser Tatsachen — verminderte Beschäftigungsmöglichkeiten in der gewerblichen Wirtschaft (im Mai bauten dazu noch die Bundesbahnen nahezu 6.000 Arbeiter ab) bei gleichzeitig verringerten Ausweichmöglichkeiten in Ausland und Haushalt — ist es verständlich, daß mehr Arbeitskräfte, die im Winter arbeitslos geworden sind, dazu neigen, wieder in die Land- und Forstwirtschaft zurückzukehren als in früheren Jahren. Zum ersten Mal seit Kriegsende sind im Mai Anzeichen dafür vorhanden, daß die Landflucht zurückgeht²⁾. Die Zahl der beschäftigten Land- und Forstarbeiter war Ende Mai mit 219.100 nur mehr um 3.100 niedriger als vor einem Jahr, während in früheren Jahren diese Differenz bedeutend größer war. Berücksichtigt

¹⁾ Ungefähr drei Viertel der Grenzgänger sind Frauen, vorwiegend Hilfsarbeiterinnen, Bekleidungs- und Textilarbeiterinnen. Unter den Männern sind die Hilfsarbeiter, Metallarbeiter und Textilarbeiter am stärksten vertreten.

²⁾ Die langfristige Tendenz zur Verstärkung dürfte sich — wie die Erfahrungen anderer Länder zeigen — kaum ändern.

man noch die stellensuchenden Land- und Forstarbeiter, so verringert sich der Abgang der land- und forstwirtschaftlichen Berufsträger gegenüber dem Vorjahr auf 2.700. Insbesondere bei den Frauen hat die Landflucht so gut wie aufgehört. Im Mai 1951 waren 100.200 Frauen in der Land- und Forstwirtschaft unselbständig erwerbstätig, im Mai 1952 99.700 Frauen.

Der Arbeitsmarkt wird durch dieses Nachlassen der Landflucht entlastet, da die Landwirtschaft vom Konjunkturrückgang kaum berührt werden dürfte. Die Entlastung wird aber nicht sehr ins Gewicht fallen. Der Mangel an Arbeitern in den letzten Jahren und die fortschreitende Mechanisierung haben in der Landwirtschaft zu strukturellen Änderungen geführt, durch die der Arbeitskräftebedarf verringert werden konnte. Ferner ist es jetzt, im Gegensatz zu den ersten Nachkriegsjahren, notwendig, sorgfältiger zu kalkulieren, so daß die Arbeitskräfteeinstellung auf das unbedingt notwendige Ausmaß eingeschränkt wird. Die Folge ist, daß die Zahl der offenen Stellen in der Land- und Forstwirtschaft³⁾ im Mai nur mehr 9.700 betrug, gegenüber 13.500 im Mai 1951 und weit höheren Zahlen in früheren Jahren.

Krankenversicherte Beschäftigte in Land- und Forstwirtschaft

| | Stand am Monatsende 1.000 Personen | Abnahme gegenüber dem Vorjahr | |
|---------------|---------------------------------------|-------------------------------|------|
| | | in 1.000 Personen | in % |
| Mai 1947..... | 275'2 | — | — |
| „ 1948..... | 257'1 | 18'1 | 6'6 |
| „ 1949..... | 244'8 | 12'3 | 4'8 |
| „ 1950..... | 231'9 | 12'9 | 5'3 |
| „ 1951..... | 222'2 | 9'7 | 4'2 |
| „ 1952..... | 219'1 | 3'1 | 1'4 |

Offene Stellen in Land- und Forstwirtschaft

| (in 1.000) | | | |
|---------------|------|---------------|------|
| Mai 1947..... | 58'8 | Mai 1950..... | 16'0 |
| „ 1948..... | 31'3 | „ 1951..... | 13'5 |
| „ 1949..... | 24'9 | „ 1952..... | 9'7 |

Die Zahl der *Arbeitslosen* in ganz Österreich sank im Mai um 22.900 auf 124.500 und im Juni um 5.500 auf 118.900. Im Vorjahr betrug der Rückgang in den entsprechenden Monaten 21.200 und 17.300. Ende Juni 1951 waren 80.900 Personen arbeitslos.

Die Frauenarbeitslosigkeit blieb von dem Rückgang unberührt. Sie ging im Mai um 1.400 zurück, erreichte jedoch im Juni wieder den Stand von Ende April. So wie im Vorjahr waren im Juni bereits mehr als die Hälfte der Arbeitslosen Frauen.

Wie in den Vormonaten besserte sich die Lage vor allem bei den Bauarbeitern. Von dem Rückgang

³⁾ Diese geben allerdings nur ein unvollständiges Bild über die tatsächlich vorhandenen Arbeitsplätze.

der Arbeitslosen um 22.900 im Mai entfielen fast 14.000 auf Bauarbeiter und Bauhelfer. Hingegen ging die Arbeitslosigkeit bei den Eisen- und Metallarbeitern, Bekleidungsarbeitern, Papierarbeitern und Chemiarbeitern nur wenig zurück. Bei den Textilarbeitern stieg die Zahl der Stellensuchenden neuerlich um 1.300 und erreichte einen Stand von 9.300. Im Juni stieg sie weiter auf 10.600.

Verkehr

Dazu statistische Übersichten 8.1 bis 8.12

Die Verladungen im Güterverkehr der Bundesbahnen gingen, entgegen dem saisonüblichen Verlauf, von April auf Mai zurück. Die reinen Verkehrsleistungen (Netto-t-km, Zugs-, Wagenachskilometer) veränderten sich zwar nur geringfügig und lagen immer noch um 10 bis 15% unter dem Vergleichsmonat 1951, die monatlichen Wagengestellungen sanken jedoch gegenüber April um 19.354 (Voll- und Schmalspur-)Wagen, das sind 11,7%, und die arbeits-täglichen blieben mit 5.875 gestellten Wagen sogar um 2% hinter dem Mai 1951 zurück. Diese unterschiedliche Entwicklung läßt auf eine geringere Zugsauslastung, längere Transportwege und erhöhte Leerwagenfahrten – die Zugskilometer sind gestiegen – schließen. Infolge des geringen Wagenbedarfes war die Wagenlage befriedigend. Der Nachfrage konnte zu 96,3% entsprochen werden, jener nach gedeckten Wagen sogar zu 100%, die außerdem auch an Stelle von Fremdwagen für Ausfuhrsendungen herangezogen werden konnten, so daß Wagenmiete eingespart wurde. Die Wagenumlaufzeit betrug 5,1 Tage; 4.222 Schadwagen wurden im Tagesdurchschnitt aus dem Betrieb gezogen.

Der schwächere Binnenverkehr im Monat Mai – die Tonnage der Ein-, Aus- und Durchfuhr sank dagegen nur um 2% – beruhte teils auf den Vorausverladungen im April (Tariferhöhung ab 1. Mai), teils auf dem saisonbedingten Rückgang der Kohletransporte, dürfte jedoch vermutlich auch auf eine verschärfte Autokonkurrenz zurückzuführen sein, denn der Rückgang der Verladung von Holz um 25% und der Baustoffe um 14% entspricht nicht der Entwicklung des Holzexportes und der Bautätigkeit. Der relativ hohe Bahntarif für Baustoffe begünstigt diese Umschichtung; aber auch im Holzexport, speziell nach Italien, ist der Lastkraftwagen konkurrenz-fähig¹⁾.

¹⁾ Eine ähnliche Umschichtung der Massengütertransporte von der Schiene auf die Straße ist in diesem Jahr im Ruhrgebiet zu beobachten, wo Kohle auf kurze Entfernungen verstärkt auf der Straße transportiert wird.

Wagengestellungen nach Güterarten (Voll- und Schmalspur)

| | Februar | März | April | Mai | |
|-----------------------------|---------|---------|---------|----------|--------|
| | Stück | | | (+) (–) | gegen |
| | | | | Vormonat | |
| Insgesamt | 139.622 | 154.990 | 166.232 | 146.878 | – 11'7 |
| davon | | | | | |
| Kohle, Koks | 22.476 | 22.783 | 21.525 | 18.312 | – 14'9 |
| Holz | 21.222 | 22.858 | 25.583 | 19.316 | – 24'5 |
| Baustoffe | 11.605 | 20.437 | 26.838 | 22.993 | – 14'3 |
| Eisen, Metalle | 10.795 | 11.685 | 11.743 | 11.777 | + 0'3 |
| Papier, Zellstoff | 4.724 | 4.755 | 4.328 | 4.400 | + 1'7 |
| Erze | 6.839 | 7.453 | 7.012 | 8.476 | + 20'9 |
| Kunstdünger | 3.828 | 4.146 | 4.678 | 1.904 | – 59'3 |
| Nahrungsmittel | 8.390 | 9.009 | 9.636 | 8.244 | – 14'5 |
| Stückgut | 26.366 | 27.855 | 28.204 | 27.250 | – 3'4 |
| Sammelgut | 3.676 | 2.846 | 4.563 | 3.523 | – 22'8 |
| Andere | 19.701 | 21.163 | 22.122 | 20.683 | – 6'5 |

Im Personenverkehr stieg die Zahl der verkauften Karten von 5'21 Mill. auf 5'36 Mill. und lag damit nur wenig höher als im Mai 1951. Da die Zahl der Wagenachskilometer um 10,7% und die der Zugskilometer um 7,6% zunahm, haben sich Zugsdichte und Platzangebot stärker erhöht als die Reisefrequenz.

Der Fremdenverkehr im Winterhalbjahr 1951/52

Nach den nunmehr vorliegenden endgültigen Monatsergebnissen²⁾ wurden im Winterhalbjahr 1951/52 4'56 Mill. Übernachtungen gezählt; ohne das Zollausschlußgebiet Mittelberg waren es 4'23 Mill., das sind 5,9% mehr als in der Saison 1950/51³⁾. Die geringe Zunahme zeigt, daß der österreichische Winterreiseverkehr vorläufig eine Sättigung erreicht hat. Die Ursache dürfte weniger in der Preisgestaltung liegen als darin, daß am Wintersport nur ein beschränkter Kreis Interesse hat. Daher wird auch eine intensive Werbung schwerlich weitere Bevölkerungsschichten gewinnen können. Dem Ausländerverkehr setzt die ungenügende Kapazität in den beliebtesten Fremdenverkehrsorten Grenzen. Aufgabe der Werbung wäre es, dem ausländischen Gast auch andere Gebiete zu erschließen. Allerdings genügen da meist die Anlagen noch nicht seinen Ansprüchen. Gemessen an dem Vorkriegsstand ist das Saisonergebnis sehr gut; allerdings ist die 11%ige Steigerung nur dem um 37,5% höheren Inländerverkehr zu danken, während der Ausländerverkehr noch um 22,5% zurückblieb. Dementsprechend ist auch der Anteil der Inländerübernachtungen von

²⁾ Von 780 Gemeinden; die Halbjahreszählung (1.650 Gemeinden) ist erst im Spätsommer verfügbar und ist um zirka 6% höher.

³⁾ In den folgenden Betrachtungen wird Mittelberg aus geschlossen, da dieses Gebiet keine Deviseneinnahmen bringt und außerdem der Ausländerverkehr sowie die regionale Verteilung des Fremdenverkehrs durch die Einbeziehung von Mittelberg verzerrt wird.

54% auf 67% gestiegen, so daß er mehr als früher im Winter den wirtschaftlichen Rückhalt des Fremdenverkehrsgewerbes bildet.

Fremdenverkehr in den Winterhalbjahren 1936/37 und 1949 bis 1952¹⁾

| Winterhalbjahr | Insgesamt | | Inland | | Ausland | |
|--------------------------|----------------------|-------|----------------------|-------|----------------------|-------|
| | 1.000 Übernachtungen | % | 1.000 Übernachtungen | % | 1.000 Übernachtungen | % |
| 1936/37 ²⁾ .. | 4.069'5 | 100'0 | 2.192'3 | 100'0 | 1.877'2 | 100'0 |
| 1949/50 ³⁾ .. | 3.732'2 | 91'7 | 2.726'8 | 124'4 | 1.005'4 | 53'6 |
| 1950/51 ⁴⁾ .. | 4.264'2 | 104'8 | 3.015'0 | 137'5 | 1.249'2 | 66'5 |
| 1951/52 ⁵⁾ .. | 4.226'4 | — | 2.847'5 | — | 1.378'9 | — |
| 1951/52 ⁶⁾ .. | 4.513'8 | 110'9 | 3.058'2 | 139'5 | 1.455'6 | 77'5 |

¹⁾ Ohne das Zollausschlußgebiet Mittelberg. — ²⁾ Vollständige Halbjahresergebnisse. — ³⁾ Vorläufige Halbjahresergebnisse auf Grund der Monatsergebnisse von 770 Gemeinden. — ⁴⁾ Voraussichtliches vollständiges Halbjahresergebnis; als Korrektur wurde angenommen: Für »Insgesamt« + 6'8 %, »Inland« + 7'4 %, »Ausland« + 6'4 %.

Der Inländerverkehr ist gegenüber 1950/51 nahezu unverändert geblieben (+ 1'4%). Auffallend ist die absolute Zunahme des *Wiener Reisepublikums*, während die Zahl der Besucher aus den anderen Bundesländern zurückging. Der Anteil der Reisenden aus Wien hat sich von 37% auf 40% erhöht (1936/37: 51%). Diese Verschiebung ist um so bemerkenswerter, als in den Nachkriegsjahren der Reiseverkehr aus den Bundesländern infolge Industrialisierung und Verstädterung ständig stieg. Der Anteil der Wiener Reisenden an den Inländerübernachtungen war in Niederösterreich mit 66% am höchsten; in den anderen Ländern schwankte er, abgesehen von Vorarlberg (13%), zwischen 33 und 39%. Die bevorzugten Reisegebiete waren Niederösterreich (40%), Salzburg (21%) und die Steiermark (17%). Auf diese Länder entfielen auch vom gesamten Inländerverkehr 65% aller Übernachtungen.

Fremdenverkehr nach Bundesländern im Winterhalbjahr 1951/52¹⁾

| | Insgesamt | | Inland | | Ausland | |
|---------------|----------------------|-------|----------------------|-------|----------------------|-------|
| | 1.000 Übernachtungen | % | 1.000 Übernachtungen | % | 1.000 Übernachtungen | % |
| Österreich .. | 4.226'4 | 100'0 | 2.847'5 | 100'0 | 1.378'9 | 100'0 |
| Wien | 354'2 | 8'4 | 184'6 | 6'5 | 169'6 | 12'3 |
| Niederösterr. | 703'5 | 16'6 | 693'2 | 24'3 | 10'3 | 0'7 |
| Oberösterr. | 522'7 | 12'4 | 447'8 | 15'7 | 74'7 | 5'4 |
| Salzburg ... | 844'4 | 20'1 | 619'0 | 21'7 | 225'4 | 16'5 |
| Steiermark .. | 567'2 | 13'5 | 536'9 | 18'9 | 30'3 | 2'2 |
| Kärnten | 126'9 | 3'0 | 93'9 | 3'3 | 33'0 | 2'4 |
| Tirol | 780'0 | 18'7 | 158'8 | 5'6 | 641'2 | 46'5 |
| Vorarlberg .. | 296'6 | 7'0 | 102'5 | 3'6 | 194'1 | 14'0 |
| Burgenland .. | 10'9 | 0'3 | 10'8 | 0'4 | 0'1 | — |

¹⁾ Summe der Monatsergebnisse von 770 Gemeinden.

Der *Ausländerverkehr* nahm gegenüber 1950/51 um 16'5% zu, hauptsächlich weil die Zahl der Übernachtungen deutscher Gäste um 91% gestiegen ist. Deutschland hat damit 88% des Vorkriegsstandes erreicht, bleibt jedoch noch weit hinter der Fre-

quenz der Jahre 1928 bis 1932 zurück¹⁾. Ohne Zweifel ist Westdeutschland (Ostdeutschland ist einer Werbung kaum zugänglich) die bedeutendste Reserve für die österreichische Auslandswerbung. Devisenzuteilung und Grenzformalitäten behindern derzeit noch den Wochenendverkehr der Wintersportler aus dem nahen deutschen Grenzgebiet.

Unter den Herkunftsgebieten stand Deutschland mit 33% an erster Stelle; es folgten England (13'6%) und Frankreich (11'3%), so daß 58% aller Übernachtungen allein auf diese drei Länder entfielen. Der Besuch aus Italien (-26%) und der Schweiz (-19'3%), um nur die wichtigsten Herkunftsländer zu nennen, war rückläufig. Gegenüber der Saison 1949/50 ist die Zahl der Besucher aus Italien sogar um 41% gesunken. Eine Umkehr dieser Entwicklung ist unwahrscheinlich, da der frühere starke Zustrom hauptsächlich aus kaufkraftschwächeren Schichten kam, denen die damals „einmalige Billigkeit“ auf Grund der Devisenkursänderung (November 1949) einen Besuch erlaubte. Der Rückgang der Besuche aus der Schweiz dürfte vor allem auf die üblichen Schwankungen zurückzuführen sein, wenn gleich auch hier in den letzten Jahren die relative Billigkeit die unteren Mittelstandsschichten zu einem Aufenthalt in Österreich anregte. Die Schweiz und Italien stehen an vierter und fünfter Stelle und bestreiten zusammen mit den drei erstgenannten Ländern 75% der gesamten Übernachtungen. Der Anteil der Oststaaten (ČSR, Ungarn und Polen) ist auf 0'8% der gesamten Ausländerübernachtungen gegen 32% in der Wintersaison 1936/37 gesunken.

Ausländerverkehr im Winterhalbjahr 1951/52 nach Herkunftsländern¹⁾

| | 1.000 Übernachtungen | Prozent v. 1950/51 in % | Anteil davon in den Bundesländern in % | | | |
|-----------------------|----------------------|-------------------------|--|----------|------------|------|
| | | | Tirol | Salzburg | Vorarlberg | |
| Insgesamt | 1.711'6 | 112'6 | — | 37'5 | 13'2 | 30'8 |
| abzgl. Mittelberg ... | 332'7 | 98'6 | — | — | — | — |
| Rest | 1.378'9 | 116'5 | 100'0 | 46'5 | 16'4 | 14'1 |
| davon aus | | | | | | |
| Deutschland | 454'9 | 191'0 | 33'0 | 48'0 | 22'6 | 17'8 |
| England | 185'7 | 102'1 | 13'6 | 67'5 | 8'0 | 12'1 |
| Frankreich | 154'6 | 113'8 | 11'3 | 57'2 | 12'7 | 20'1 |
| Italien | 114'4 | 74'0 | 8'3 | 35'4 | 16'3 | 4'1 |
| Niederlande | 72'5 | 131'5 | 5'3 | 64'6 | 10'8 | 13'0 |
| Schweiz | 125'4 | 88'7 | 9'1 | 27'3 | 10'4 | 18'8 |
| Belgien/Luxemburg | 36'4 | 102'7 | 2'6 | 54'1 | 12'4 | 18'4 |
| Schweden | 19'2 | 80'2 | 1'2 | 36'5 | 24'0 | 10'9 |
| USA | 99'9 | 109'5 | 7'2 | 32'3 | 21'4 | 6'5 |
| Palästina | 11'3 | 89'0 | 0'8 | | | |
| ČSR | 3'7 | 59'3 | 0'3 | | | |
| Ungarn | 5'6 | 47'5 | 0'4 | 7'6 | 12'5 | 0'9 |
| Polen | 1'3 | 38'5 | 0'1 | | | |
| Jugoslawien | 10'9 | 139'8 | 0'8 | | | |
| Andere | 83'1 | 99'4 | 6'0 | 31'4 | 16'8 | 7'7 |

¹⁾ Summen der Monatsergebnisse von 770 Gemeinden.

²⁾ Die Übernachtungen deutscher Gäste betragen im Durchschnitt der Fremdenverkehrsjahre 1928/32 4'16 Mill. gegen 1'65 Mill. in dem üblichen Vergleichsjahr 1936/37.

Die regionale Verteilung des Fremdenverkehrs hat sich gegenüber der Saison 1950/51 nur geringfügig verändert. Im Gesamtverkehr stand wieder Salzburg an der Spitze (20⁰/₀), vor Tirol, Nieder- und Oberösterreich. Der Ausländerverkehr konzentrierte sich wie bisher in Tirol (47⁰/₀), Salzburg (17⁰/₀) und Vorarlberg (14⁰/₀), der Inländerverkehr auf Niederösterreich (24⁰/₀), Salzburg (22⁰/₀), Steiermark (19⁰/₀) und Oberösterreich (16⁰/₀). Den geringsten Ausländeranteil (ohne Burgenland) hatte Niederösterreich mit 14⁷/₀, den höchsten Tirol mit 82²/₀. Den Vorkriegsstand im Gesamtverkehr überschritten Salzburg (+174⁰/₀), Oberösterreich (+71⁰/₀), Vorarlberg (+65⁰/₀), Steiermark (+29⁰/₀), Tirol (+28⁰/₀), darunter blieben das Burgenland (-80⁰/₀), Wien (-69⁰/₀), Niederösterreich (-20⁰/₀) und Kärnten (-19⁰/₀).

Die Deviseneinnahmen aus dem Ausländerverkehr im Winterhalbjahr 1951/52 betrugen 165⁰ Mill. S (1950/51: 137⁷); die Tagesausgabe pro Person 118 S.

Außenhandel

Dazu statistische Übersichten 9.1 bis 9.6

Trotz den Preisrückgängen auf den Weltmärkten stieg die *Einfuhr* im Mai um 100 Mill. S auf 1.251 Mill. S und das Importvolumen erreichte sogar 114⁰/₀ von 1937 gegenüber nur 99⁰/₀ im April und einem Monatsdurchschnitt von 106⁰/₀ im Jahre 1951.

Von der Einfuhrzunahme entfielen 40 Mill. S auf die direkten ERP-Einfuhren (die auf 200 Mill. S stiegen) und 60 Mill. S auf die kommerzielle Einfuhr (Stand im Mai: 1.051 Mill. S). Vor allem erhöhten sich die Getreideimporte saisonbedingt. Insgesamt wurden 120.384 t Getreide und Müllereierzeugnisse eingeführt (138.266 t im Mai 1951). Davon stammten 79.225 t aus ERP-Lieferungen (64.661 t aus den USA und 14.565 t Mais aus Jugoslawien), die wertmäßig zu 78⁰/₀ aus Getreide bestanden. Die günstige Energieversorgung ließ die Brennstoffeinfuhr unter die Mengen des Vorjahres zurückgehen und aus ERP-Mitteln wurde im Mai keine Kohle mehr eingeführt. Die Absatzschwierigkeiten der Textilindustrie spiegelten sich in der Maieinfuhr besonders deutlich. Mit 97 Mill. S erreichte die Textil- und Bekleidungs-einfuhr einen Tiefstand, der nicht nur um 29⁸ Mill. S hinter dem Vormonat, sondern auch beträchtlich hinter dem Monatsdurchschnitt von 1951 und selbst von 1950 (168⁶ und 131⁴ Mill. S) zurückbleibt. Der vorgesehene Kredit der Ex-Importbank von 6 Mill. Dollar für den Einkauf von Baumwolle, ein Abkommen mit der Türkei, das Baumwollbezüge im

Werte von 5 Mill. Dollar gegen österreichische Textilien und andere Waren vorsieht, die Autorisation von 2⁶⁸ Mill. ERP-Dollar und die Bereitstellung von 1⁷ Mill. freien Dollar durch die Nationalbank für Baumwollbezüge dürfte die Baumwoll-einfuhr wieder etwas heben¹⁾.

Einfuhr von Baumwolle

| | Tonnen | | Tonnen |
|--------------|--------|---------------|--------|
| Ø 1951 | 1.721 | 1952 III..... | 1.836 |
| 1952 I. | 1.066 | IV..... | 1.019 |
| II. | 874 | V..... | 593 |

Die regionale Verteilung der Importe hat sich gegenüber den Vormonaten nur wenig verändert. Einen hohen Stand erreichte die Einfuhr besonders aus Rumänien (25¹ Mill. S), Schweden (38¹ Mill. S) und den Vereinigten Staaten, deren kommerzielle Lieferungen (beträchtliche Mengen von Getreide und Tabak) auf 112⁷ Mill. S stiegen, so daß sie im Mai selbst ohne ERP-Lieferungen hinter Westdeutschland die zweite Stelle unter den Lieferländern einnahmen.

Die *Ausfuhr* stieg im Mai nur um 6 Mill. S auf 845 Mill. S. Der saisonbereinigte Ausfuhrindex sank um 3⁶/₀. Er war um 23²/₀ niedriger als im Jänner dieses Jahres. Das Ausfuhrvolumen lag im Mai mit 93⁰/₀ von 1937 nur um einen Punkt über dem Aprilresultat. Der Einfuhrüberschuß vergrößerte sich von 312 Mill. S im April (152 Mill. S im kommerziellen Verkehr) auf 406 Mill. S im Mai (206 Mill. S). Das Defizit gegenüber der EZU ging von 2⁴ Mill. Dollar auf 1 Mill. Dollar zurück.

Gegenwärtig erleben zwar fast alle westeuropäischen Staaten ähnliche Stagnationserscheinungen. In Österreich sind sie aber deshalb fühlbarer und ernster, weil seine Exportleistung gegenüber der Vorkriegszeit viel weniger gestiegen ist als die der meisten anderen Länder.

Ausfuhrentwicklung in einigen europäischen Staaten seit Jahresbeginn

| | Jänner | Februar | März 1952 | April | Mai |
|--------------------------------|-------------------------|---------|--------------|-------|-----|
| | (Durchschnitt 1951=100) | | | | |
| Österreich ¹⁾ | 107 | 110 | 117 | 104 | 105 |
| Schweiz | 88 | 98 | 106 | 90 | 104 |
| Westdeutschland | 108 | 105 | 113 | 107 | 116 |
| Italien | 98 | 89 | 89 | 81 | . |
| Frankreich | 97 | 104 | 97 | 100 | 97 |
| Holland | 120 | 104 | 121 | 113 | 101 |
| Großbritannien | 116 | 106 | 112 | 101 | 105 |
| Belgien | 103 | 104 | 108 | 93 | 97 |

¹⁾ Das höhere Niveau der österreichischen Indexpunkte im Vergleich zu den anderen Ländern ist darauf zurückzuführen, daß die Preise in Österreich im Laufe des Jahres 1951 noch stärker stiegen.

²⁾ Allerdings wurden angesichts der stockenden Absatzlage die bisher angebotenen freien Dollarbeträge von den Spinnereien nur zum Teil in Anspruch genommen.

Ausfuhrvolumen einiger europäischer Staaten im Jahre 1951

| 1937 = 100 | | 1937 = 100 | |
|----------------------|-------------------|-----------------|-------------------|
| Österreich | 110 | Frankreich | 221 |
| Schweiz | 170 ¹⁾ | Holland..... | 155 ¹⁾ |
| Westdeutschland | 123 ²⁾ | Großbritannien. | 164 ¹⁾ |
| Italien | 119 ¹⁾ | | |

¹⁾ 1938 = 100. — ²⁾ 1936 = 100.

* Außerdem dürfte der österreichische Export wenigstens zum Teil auch aus internen Gründen an Boden verlieren. Die ähnliche Entwicklung auch im Ausland wird jedenfalls eine weitere Steigerung der Ausfuhr immer mehr erschweren: die Märkte der westeuropäischen Staaten werden weniger aufnahmefähig, während sich der Konkurrenzdruck auf den Weltmärkten verstärkt. Der österreichische Export nach den OEEC-Staaten ging im Mai — teilweise allerdings saisonbedingt — um mehr als 20 Mill. S zurück, und die Gesamtausfuhr hielt sich nur, weil die Ausfuhr nach Osteuropa (+ 15·9 Mill. S) und Südamerika (+ 12·1 Mill. S) gestiegen ist.

Die Ausfuhr von Textilien und Papier erholte sich im Mai ein wenig von ihrem tiefen Stand im April. Die Zelluloseausfuhr stieg mengenmäßig, fiel aber wertmäßig weiter. Hingegen war bei der Metallausfuhr ein Mengenrückgang und eine Wertsteigerung festzustellen. Der Ausfall von 9 Mill. t Stahl bis Ende Juni infolge des Stahlstreiks in den USA läßt in nächster Zeit ein Anhalten des günstigen Absatzes erwarten. Besonders stark sank im Mai der Export von Kalkammonsalpeter, der weit hinter den Ergebnissen der Vormonate und selbst hinter den schlechten Ergebnissen des vorjährigen Herbstes zurückblieb. Dadurch sank die Ausfuhr der chemischen Industrie im Mai auf weniger als die Hälfte der Ausfuhr im April (von 32·9 Mill. S auf 16·2 Mill. S). Hingegen stieg der Export von Maschinen und Ver-

Ausfuhr von Kalkammonsalpeter

| | Tonnen | | Tonnen |
|--------------|--------|----------------|--------|
| Ø 1951 | 22.846 | 1952 III. | 31.403 |
| 1952 I. | 72.758 | IV. | 21.629 |
| II | 55.220 | V. | 3.176 |

kehrsmitteln im Mai um 20 Mill. S auf 123·3 Mill. S, ein Wert, der nur im Dezember des Vorjahres überschritten wurde.

Die Vermehrung der Exportbewilligungen im April und Mai läßt für Juni oder Juli nur eine leichte Besserung des Ausfuhrresultates erwarten. Die Exportförderung bleibt daher weiter dringlich. Sie wird vielfältige und ständige Bemühungen um einzelne Märkte und Warengruppen erfordern. Außerhalb der Handelsverträge sind in letzter Zeit bereits einige Maßnahmen getroffen worden, die beschränkt exportfördernd wirken können. So z. B. beschloß der Bundesholzwirtschaftsrat, ab Juni die Mindestpreise im Holzexport zu senken und dadurch die bestehenden Absatzschwierigkeiten zu überwinden, das Handelsministerium kündigte an, ab 1. Juni 1952 für Fertigwaren, die Kupfer, Blei oder Zink enthalten, Exportvergütungen zu gewähren¹⁾, der Österreichische Exportfonds wird künftig Exportkredite Klein- und Mittelbetrieben nicht nur für Dollarexporte, sondern auch für Ausfuhren nach einer Reihe anderer Länder zur Verfügung stellen und auch die Finanzierung von Koppelungsgeschäften erwägen. Ferner sollen Exportkredite weiterhin von den nun verschärften Kreditbestimmungen ausgenommen bleiben.

¹⁾ Diese Exportvergütung soll aus den Mitteln des vom Handelsministerium verwalteten „Preisgleich Buntmetalle“ finanziert werden, und zwar sollen 20% des Kontostandes vom 15. März und der laufenden Abschöpfungsbeträge hierfür bereitgestellt werden. Koppelungsgeschäfte sind von der Vergütung ausgeschlossen.